

OFFENE GRENZEN - GRENZENLOSE BEDROHUNG?



PROJEKT DER KLASSE 3BKWA2

DES DUALEN BK IN LAHR

FEBRUAR 2008

INHALT

1. Vorwort	3 – 5
2. England.....	6 - 9
▪ Länderübersicht	
▪ Vor- und Nachteile der 4 Freiheiten	
3. Spanien.....	10 - 19
▪ Länderübersicht	
▪ Vor- und Nachteile der 4 Freiheiten	
4. Finnland	20 – 28
▪ Länderübersicht	
▪ Vor- und Nachteile der 4 Freiheiten	
5. Frankreich.....	29 – 36
▪ Länderübersicht	
▪ Vor- und Nachteile der 4 Freiheiten	
6. Deutschland.....	37 - 48
▪ Länderübersicht	
▪ Vor- und Nachteile der 4 Freiheiten	
7. Fazit	49
8. Quellenangaben.....	50

1. VORWORT

Im Rahmen unseres Auslandspraktikums hatten wir die Möglichkeit, einige Monate in anderen europäischen Ländern zu arbeiten. Als Projekt möchten wir über die offenen Grenzen in Europa referieren, zumal uns Formalitäten erspart geblieben sind, wie zum Beispiel eine für das Land zugeschnittene Versicherung abzuschließen oder ein Visum zu beantragen. Schließlich ist es keine Selbstverständlichkeit kurzerhand derartige Praktika in anderen Ländern zu absolvieren. Wie ist das möglich?

In den letzten Jahren kristallisierte sich heraus, dass das „Projekt Europäische Union“ nicht länger nur ein Zukunftsgedanke, sondern Realität ist.

Ein Meilenstein in der Geschichte der EU wurde 1991 mit den Verhandlungen um den Maastrichter Vertrag gelegt. Die damaligen Staats- und Regierungschefs der zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft diskutierten über eine Reform des bestehenden Gemeinschaftsrechts. Der Maastrichter Vertrag trat nach seiner Unterzeichnung 1992 am 1. November 1993 in Kraft und bildet die vertragliche Grundlage zur Gründung der EU. Durch dieses Abkommen sollten die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Mitgliedsstaaten gestärkt werden. Die Ziele sollten mittels einer einheitlichen Währungspolitik, sprich der Gemeinschaftswährung Euro, einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer zunehmenden Demokratisierung realisiert werden. Ferner wurde die bestehende Staatsbürgerschaft durch eine Unionsbürgerschaft erweitert, sodass beispielsweise jeder Staatsbürger eines Mitgliedsstaates freies Aufenthaltsrecht in der gesamten EU hat. Darüber hinaus sollte ebenfalls im Bereich Recht und Justiz stärker kooperiert werden, weshalb unter anderem EUROPOL, eine internationale Polizeibehörde, gegründet wurde.

Seit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags eröffnete sich eine neue Ebene der gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik: Der Europäische Binnenmarkt. Letzterer sollte endlich zur Verwirklichung der sogenannten vier Grundfreiheiten beitragen, was bereits Gegenstand des EWG-Vertrags von 1957 war. Dazu zählen:

- ✓ **Freier Warenverkehr:** Er ermöglicht einen EU-weiten reibungslosen Transport, indem Grenzkontrollen entfallen, Vorschriften und allgemeine Regelungen sowie die Steuern angeglichen werden.
- ✓ **Freier Dienstleistungsverkehr:** Finanzinstitutionen werden zunehmend liberalisiert, was zur Folge hat, dass jeder Dienstleistende innerhalb der EU in allen Bereichen frei anbieten und jeder Konsument der EU diese Leistungen in Anspruch nehmen kann. Außerdem wird das Bank- und Versicherungswesen angeglichen, was beispielsweise die Absicherung bei Reisen erleichtert. Zur Umsetzung werden Transport- und Telekommunikationswege geöffnet.
- ✓ **Freier Personenverkehr:** EU-Bürger erhalten die Möglichkeit, ihren Wohnsitz und Arbeitsplatz innerhalb der EU frei zu wählen. Um dies sowohl zu realisieren, als auch zu beschleunigen, entfallen Grenzkontrollen innerhalb, im Gegensatz dazu werden Außengrenzkontrollen zur inneren Sicherheit verstärkt. Zur besseren Kommunikation und Vereinheitlichung der Richtlinien und Vorschriften, werden zudem Einreise-, Waffen- und Drogengesetze angeglichen.
- ✓ **Freier Kapitalverkehr:** Die Einführung der Gemeinschaftswährung Euro zu Beginn 2001 war ein bedeutender Schritt zur Realisierung dieser Freiheit. Somit entfallen Kursunterschiede und Umtauschaktionen. Zudem dürfen Wertpapiere in beliebiger Höhe von einem Land ins andere überwiesen werden.

Zur Harmonisierung des Europäischen Binnensystems existiert sogar eine eigene Institution, das HABM (= Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt). Letztere hat die Aufgabe, Gemeinschaftsmarken und Gemeinschaftsgeschmacksmuster einzutragen und zu verwalten. Dies gewährleistet, dass die Produkte gleicher Marken EU-weit dieselbe Qualität haben.

Grundsätzlich dienen die vier Freiheiten zur Beseitigung der Handelshemmnisse, welche in Zusammenarbeit zwischen mehreren Ländern auftreten, da es viele unterschiedliche Regelungen und gesetzliche Vorschriften gibt.

Bei so viel Freiheit stellt sich die Frage, ob diese nicht missbraucht werden könnte? Besonders im freien Personen- und Warenverkehr scheinen sich Grenzen für kriminelle Machenschaften zu öffnen, sei es Menschenhandel, Diebstahl oder Ausweitung des Drogennetzes.

Um dem entgegen zu wirken, wurde eine Datenbank erstellt, die eine europaweite polizeiliche Zusammenarbeit ermöglicht: Das Schengener Informationssystem (SIS). Grundlage ist das 1985 unterzeichnete Schengener Abkommen, welches die vier Freiheiten realisieren sollte. Ende Dezember 2007 sind im Rahmen dieses Übereinkommens die Grenzkontrollen beispielsweise innerhalb der Teilnehmerländer Polen und Tschechien weggefallen.

Das SIS liefert Daten über sämtliche Personen und Gegenstände, nach denen gefahndet wird. Es ist somit die Voraussetzung für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei, zumal die Bürokratie größtenteils entfällt. Jene Datenbank wird derzeit von 15 Ländern genutzt, wobei Norwegen und Island nicht zu der EU zählen.

Im weiteren Verlauf werden einzelne Mitgliedstaaten auf die Chancen und Risiken des Binnenmarktes untersucht. Aus gegebenem Anlass haben wir die Länder gewählt, in denen wir unser Auslandspraktikum absolviert haben.

2. ENGLAND

England hat eine Gesamtfläche von 130.395 km², im Vergleich dazu ist Deutschland 3 mal so groß.

Mit 50.500.000 Einwohnern hat England eine größere Bevölkerungsdichte (357 Einwohnern pro km²) als Deutschland (231 Einwohner pro km²).

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt 24.503 € und ist somit etwas geringer als in Deutschland.

Die englische Wirtschaft gliedert sich wie folgt:

- Industrie: 29,5 %
- Dienstleistungen: 68,3 %
- Landwirtschaft: 2,2 %

2. 1. VORTEILE DER VIER FREIHEITEN

2. 1. 1. WAREN

Durch den freien Warenverkehr können EU-Bürger leichter Waren von einem Land ins andere transportieren. Waren werden somit nicht mehr stunden- oder tagelang durch den Papierkrieg an den Grenzen aufgehalten, wodurch sich die Lieferzeiten verkürzen. Dadurch können die Hersteller Geld sparen und die Preise für die Verbraucher gesenkt werden.

Durch den erleichterten Transport ist die Vielfalt der Produkte innerhalb der EU stark angestiegen. Die Hersteller sind gezwungen, ihre Preise niedrig zu halten, um auf dem großen konkurrierenden Markt bestehen zu können.

Schlussfolgernd ist die Zollabschaffung ein Grund für billigere Waren, mehr Kunden, mehr Produktion, mehr Arbeitskräfte und somit sinkender Arbeitslosigkeit.

2. 1. 2. DIENSTLEISTUNGEN

Durch billigere ausländische Arbeitskräfte in England sinkt der Preis für die jeweiligen Dienstleistungen.

Der freie Dienstleistungsverkehr erlaubt den EU-Bürgern, den Günstigsten unter verschiedenen Anbietern auszuwählen.

Auch nehmen grenzüberschreitende Dienstleistungen wie zum Beispiel Versicherungen, Verkehr und Tourismus zu, da diese nun von Unternehmen aus einem Mitgliedstaat an Kunden in anderen EU-Ländern vermittelt werden können.

2. 1. 3. KAPITAL

Der freie Kapitalverkehr ermöglicht den Engländern, ihr Geld ohne jede Beschränkung in anderen Mitgliedsstaaten anzulegen und zu verwalten.

Für Privatpersonen bedeutet dies, dass sie beispielsweise zahlreiche Geschäfte im Ausland tätigen können und dafür keine bzw. keine hohen Gebühren beim Geldverkehr zahlen müssen.

Unternehmen können nun leichter in andere europäische Unternehmen investieren und Eigentümer dieser Unternehmen sein.

2. 1. 4. PERSONEN

Eine weitgehend unkontrollierte Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union ist ein großer Vorteil für jeden EU-Bürger, sei es für Urlaubs- oder Arbeitszwecke, denn als Arbeitnehmer darf man aufgrund seiner Nationalität gegenüber Einheimischen nicht benachteiligt werden.

Bürger der EU dürfen sich in jedem Mitgliedsstaat unbefristet niederlassen, sowohl als Selbstständiger, Rentner oder auch Studenten.

Seit Januar 1991 gilt die Richtlinie zur allgemeinen Anerkennung von Hochschuldiplomen in der EU, außerdem werden die Schulsysteme immer mehr angeglichen, was einen Umzug von Familien mit Schulkindern stark erleichtert. Zudem wird ein Großteil der absolvierten Ausbildungen innerhalb der EU anerkannt, beispielsweise gibt es einen sogenannten Europass, den ein Auszubildender erhält, wenn er ein mehrmonatiges Praktikum im EU-Ausland durchgeführt hat. Weicht eine Ausbildung jedoch wesentlich von der entsprechenden inländischen Ausbildung ab, kann von dem Bewerber ein Anpassungslehrgang verlangt werden.

Da in England für einige Fachberufe die Bezahlung und Arbeitsbedingungen besser sind, ist der Trend, nach England auszuwandern, in den letzten Jahren stark gestiegen. Vor allem qualifizierte Arbeitskräfte, wie Ärzte, finden gutbezahlte Arbeitsstellen.

Ein weiterer Vorteil des freien Personenverkehrs, ist die erleichterte grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit. Der Europäische Haftbefehl

ermöglicht der Polizei, zum Beispiel Drogenkuriere über die Landesgrenze hinweg zu observieren und bestenfalls alle Beteiligten festzunehmen (Kurier und Empfänger), sowie die Ware sicher zu stellen.

2. 2. NACHTEILE DER VIER FREIHEITEN

2. 2. 1. OUTSOURCING VON UNTERNEHMEN

Durch die niedrigeren Lohnnebenkosten im Ausland steigt der Trend zum Outsourcing, aufgrund dessen werden immer mehr Stellen abgebaut und die Arbeitslosenquote steigt an.

Die Produktionsauslagerung führt zu einem Wissensverlust bezüglich des Produktes, was auch zu einem Qualitätsverlust führen kann.

Die Auslagerung der Produktion in Billig-Lohn-Länder führt oft zu einem enormen Imageverlust der Firma.

Außerdem zieht es viele Facharbeiter ins besser bezahlte Ausland, was zu einem Facharbeitermangel im eigenen Land führt.

Da die Waren von den ausgelagerten Produktionsstätten wieder zum Verkaufsort oder zur Weiterverarbeitung gebracht werden müssen, steigt der Verkehr auf den Straßen und somit auch die Umweltbelastung.

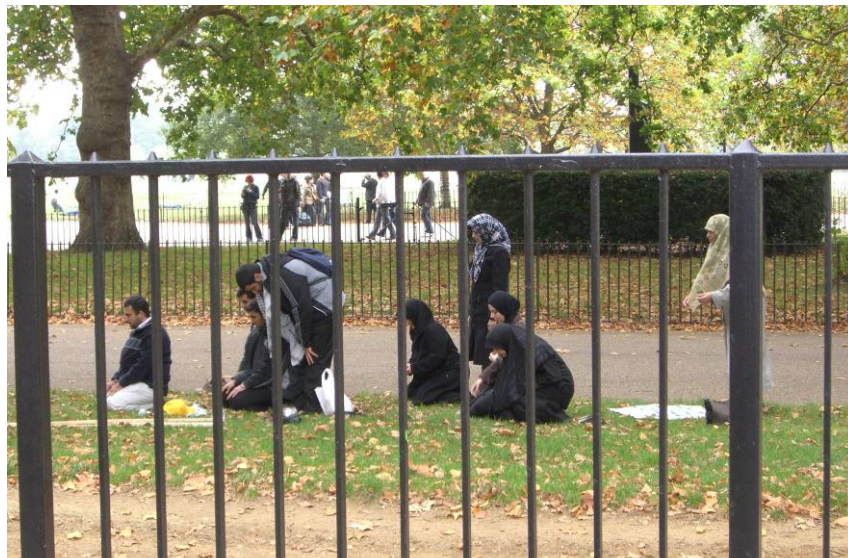
2. 2. 2. GRENZÜBERSCHREITENDE KRIMINALITÄT

Durch die vereinfachte Kommunikation (E-Mail/ Telefon) können auch Terroristen besser zusammenarbeiten, was auch die Planung von Terroranschlägen, wie zum Beispiel am 07. Juli 2005 in der Londoner U-Bahn, erleichtert.

Nicht nur Terrorismus sondern auch der Drogenhandel wächst, auf Grund der erleichterten vier Freiheiten, ins Unermessliche. So wird im Lauf eines Jahres jeder dritte Londoner Opfer einer Straftat, wodurch London mit einer Kriminalitätsrate von 32 % als gefährlichste Hauptstadt Europas gilt.

2. 2. 3. MIGRATIONSTROM

Durch die Öffnung des Arbeitsmarktes kamen 40 mal so viele Polen wie erwartet nach England (erwartet waren 15.000, eingewandert sind 600.000 Polen). Da diese Einwanderer die englische Sprache nur schlecht beherrschen, ist Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit eine schlimme Folge für viele. Diese Folge stärkt die Abneigung gegenüber Einwanderern und führt zu sozialen Spannungen innerhalb Englands. Außerdem tragen die billigen polnischen Arbeitskräfte dazu bei, dass weniger Arbeitsplätze mit den englischen teureren Arbeitskräften belegt werden. Durch die Erleichterung beim Outsourcing und dortigen besseren Arbeitsbedingungen, zieht es viele qualifizierte Arbeitskräfte ins Ausland. Somit ist der Mangel an Facharbeitern im eigenen Land vorprogrammiert.



Betende Muslime im „Hyde Park“, London

2. 2. 4. ASYLPOLITIK

Da England nicht im Schengener Abkommen ist, werden sämtliche Außengrenzen streng kontrolliert. Die enormen Kontrollen, die auch innerhalb Englands durchgeführt werden, stoßen jedoch auf große Kritik.

3. SPANIEN



Mit einer Gesamtfläche von 504.646 km² und der Einwohnerzahl von 45.200.800 Bewohnern (Januar 2007) liegt das auch „Die Iberische Halbinsel“ genannte Land an der Westküste des Mittelmeers. Durch seine zentrale Lage in Europa und die stetig ansteigende Wirtschaft wandelt sich das Land immer mehr zu einem begehrten Einwanderungsland. Die Zahl der in Spanien lebenden Ausländer liegt bei 4,48 Millionen Menschen (Januar 2007), von denen 1,7 Millionen Staatsbürger anderer EU-Länder sind. In Spanien eintreffende Einwanderer kommen größtenteils aus Marokko (576.000), Rumänien (525.000), Ecuador (421.000), Großbritannien (314.000), Kolumbien (259.000), Bolivien (198.000), Deutschland (163.000) Argentinien (140.000), Italien (135.000), Bulgarien (122.000), China (105.000), Peru (102.000) und Portugal (100.000).

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1,120 Mrd US\$ (geschätzt 2005) nimmt Spanien unter den Industrienationen den 8. Rang ein. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist auf 27.074 US\$ gestiegen. Die Struktur der spanischen Wirtschaft ist mit der anderer Industrienationen vergleichbar. Der Dienstleistungssektor führt mit 67% der Beschäftigten diese Struktur an. Danach folgen die verarbeitende Industrie (18%), die Bauwirtschaft (9%) und die Landwirtschaft mit 3 Prozent. Die wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes sind unter anderem der Tourismus, die Kommunikations- und Informationstechnik, das Bauwesen, der Maschinenbau und die Landwirtschaft. Aus der wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens sind zahlreiche international agierende Unternehmen wie Seat, Telefónica, Endesa, Zara oder Iberia hervorgegangen.

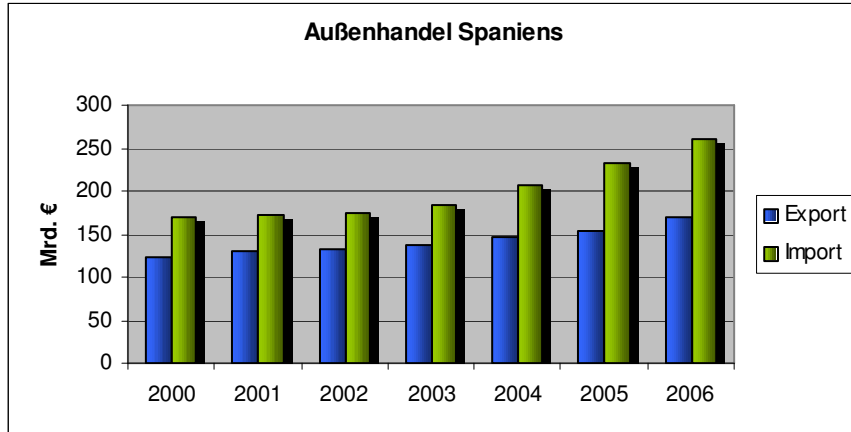
3. 1. VORTEILE DER VIER FREIHEITEN

3. 1. 1. VORTEILE WAREN

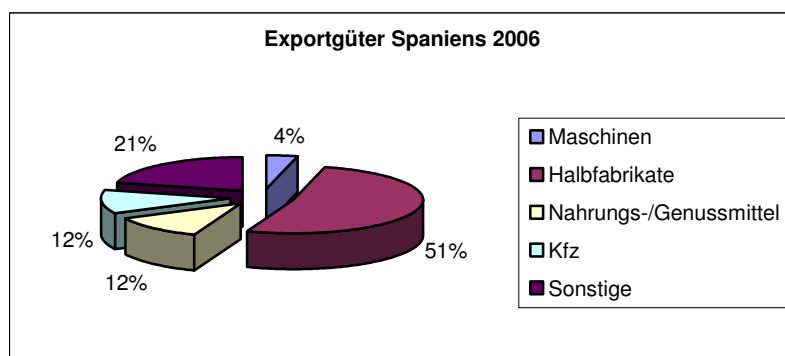
Durch den Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1986, der Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch Unterzeichnung des Schengener Abkommens 1991, konnte das Land einen langanhaltenden und kontinuierlichen Wirtschaftsaufschwung verzeichnen.

Die spanische Volkswirtschaft konnte in den letzten 10 Jahren das BIP jährlich um durchschnittlich 3% erhöhen, sodass es 2006 einen Wert von 976 Milliarden Euro erreichte. Damit gehört Spanien zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt.

Dieses positive Wirtschaftswachstum und der boomende spanische Binnenmarkt, führte zu einer steigenden Nachfrage nach ausländischen Gütern, welche, bedingt durch den freien Warenverkehr und dem damit einhergehenden Wegfall von Zoll- und Formularegebühren, den spanischen Außenhandel belebte. Die bei weitem wichtigsten Handelspartner sind die EU-Mitgliedsstaaten, die 70,3% der Ausfuhren aufnehmen und aus denen 56,2% der spanischen Einfuhren kommen.



Wichtige Sektoren der spanischen Wirtschaft sind die Kommunikation und Informatik, Bauwesen, metallverarbeitende Industrie, Maschinenbau und Landwirtschaft. Bei der Kfz-Herstellung belegt Spanien derzeit den dritten Platz in Europa und den sechsten weltweit. Die bedeutendsten spanischen Ausfuhrsgüter sind Investitionsgüter, Automobile, nichtchemische Halbfertigprodukte und chemische Erzeugnisse.

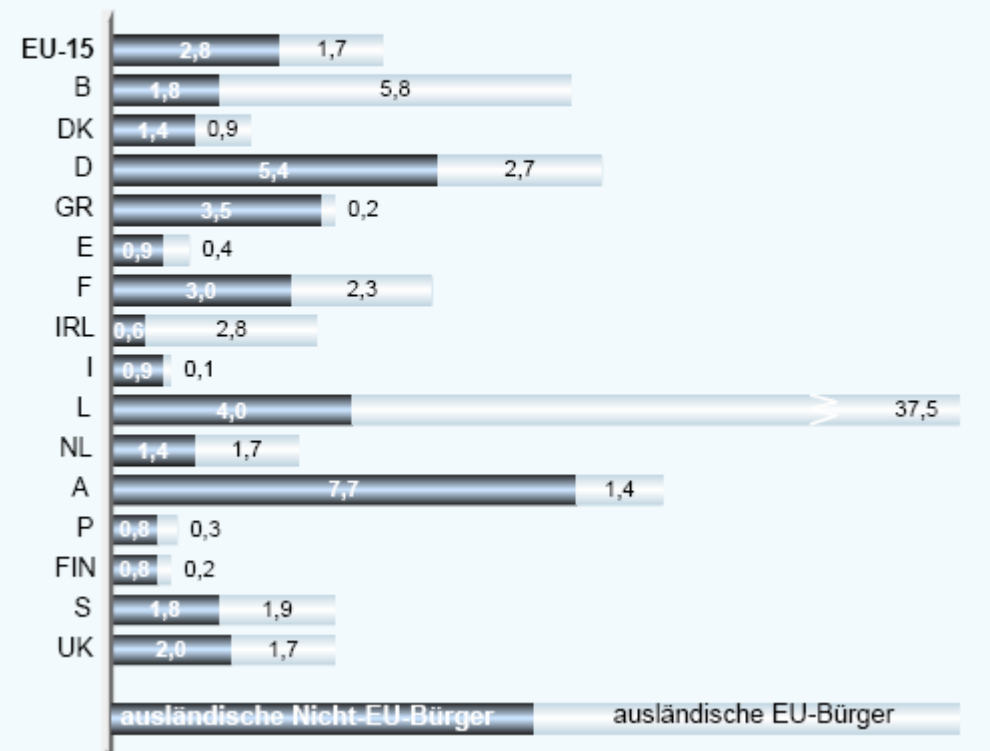


3. 1. 2. DIENSTLEISTUNGEN

Der größte Teil ausländischer Arbeitnehmer in Spanien beschränkt sich auf Arbeiter afrikanischer und südamerikanischer Länder, die im Billiglohnsektor wie zum Beispiel der Landwirtschaft arbeiten. Jedoch reisen auch viele Bürger anderer EU-Länder nach Spanien, um dort zu Arbeiten oder sich selbstständig zu machen. Hierbei ist im Dienstleistungssektor vor allem das Hotelgewerbe sehr beliebt. Viele Europäer kommen nach Spanien um ihr eigenes Hotel- oder Gastgewerbe zu betreiben, da sie dafür in Spanien größere Chancen als in ihrem Heimatland sehen. Hierdurch wird der Markt an Hotels erhöht und für die Reisenden ergibt sich eine größere Auswahl. Ähnlich wie im Hotel- und Gastgewerbe läuft es auch in anderen Dienstleistungsbereichen ab. Es entsteht ein größeres Angebot, wodurch der Verbraucher eine größere Auswahl an Dienstleistungen erhält.

Ausländische Beschäftigte in den EU-Staaten nach Nationalität

- 1999, Anteile an der Gesamtbeschäftigung in Prozent -



Neben den Vorteilen im Dienstleistungssektor gibt es für den Verbraucher jedoch auch Vorteile in Bezug auf die Preisreduzierung der anzubietenden Waren wie Gemüse oder Obst. Je mehr Anbieter es gibt, umso größer werden das Angebot und die Auswahl für die Verbraucher.

3. 1. 3. PERSONENVERKEHR

Spanien ist Vertragspartei des Schengen Abkommens, was allen Bürgern eines Mitgliedsstaates ermöglicht, ohne Visum nach Spanien einzureisen. Am 26. März 1995 sind die Grenzkontrollen in Spanien weggefallen. Bürger eines Mitgliedstaates können demnach mit einem gültigen oder seit höchstens einem Jahr ungültig gewordenen Reisepass oder einem gültigen Ausweis nach Spanien einreisen. Spanien wendet das Schengen-Abkommen an, Grenzkontrollen bei Bürgern eines Mitgliedsstaates sollen nur noch ausnahmsweise durchgeführt werden.

Als Angehöriger eines EU-Staates kann man jederzeit eine berufliche Tätigkeit nach den geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Spanien ausüben. Ein Visum für den Aufenthalt und eine Arbeitserlaubnis wird nicht mehr benötigt.

Bei einem Aufenthalt unter drei Monaten muss nur ein gültiger Pass oder der Personalausweis für die Aufnahme einer selbstständigen oder unselbstständigen Arbeit vorgelegt werden. Die Meldepflicht entfällt ebenso wie die Aufenthaltsgenehmigung oder Arbeitsgenehmigung.

Bei einem längeren Aufenthalt als drei Monate in Spanien besteht die Einwohnermeldepflicht. Ist man einwohnermelderechtlich erfasst, hat man auch das Recht, bei den kommunalen Wahlen mitzuwirken. Die Europäische Union hat wichtige Maßnahmen ergriffen, um das Ziel der Transparenz der Qualifikationen in Europa zu erreichen. Eine Maßnahme ist die Gleichstellung von Abschlüssen und Diplomen. Jeder Angehörige eines Mitgliedstaates hat das Recht auf Anerkennung oder Berücksichtigung seiner in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Qualifikationen. Zur Förderung der Transparenz wurde unter anderem der Europäische Lebenslauf und der Europass eingeführt. Der einen Beruf reglementierende Mitgliedstaat erkennt die in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Befähigungsnachweise an und gestattet deren Inhabern in ihrem Hoheitsgebiet die Ausübung ihrer Tätigkeiten unter den für Inländer geltenden Bedingungen. Ein Vergleich zu den früher durchgeführten Grenzkontrollen war wegen nichtvorhandenen Informationen nicht möglich. Die einzig bekannte Kontrolle war die Ausweiskontrolle an den Grenzübergängen.

3. 2. NACHTEILE DER VIER FREIHEITEN

3. 2. 1. GRENZÜBERSCHREITENDE KRIMINALITÄT

Die Städte Melilla und Ceuta, die auf dem afrikanischen Kontinent liegen, gehören zu Spanien und sind zugleich die einzigen Landgrenzen der EU zum afrikanischen Kontinent. Beide Städte sind von einer modernen Grenzanlage umgeben. Sie besteht aus zwei Zaunreihen in der Höhe von 3 bis 6 Metern, Kontrolltürmen, Überwachungskameras und Sensoren. Ein ebenso beliebter Übergang nach Spanien ist die Meerenge von Gibraltar.

Viele verzweifelte Afrikaner versuchen, über das Mittelmeer in das reichere Europa zu gelangen. In überfüllten Booten steuern sie auf die spanische Küste zu. Immer wieder sinken die oft schrottreifen Boote, Hunderte von Menschen ertrinken dabei

jährlich. Durch das Schengener Abkommen wird das Wohlstandsgefälle zwischen Mitgliedern und außenstehenden Staaten vergrößert. Viele Kritiker werfen den europäischen Industriestaaten deshalb vor, dass die Grenzregelungen zwar zur Sicherheit und zum Wohlstand der reicheren Staaten beitragen - das aber auf Kosten von Flüchtlingen und Menschen in Armut.

Das Land zieht auch stark den Drogen- und Menschenhandel an, weil sich Spanien durch die vollständige Integration in die europäische Union und dem zunehmenden wirtschaftlichen Wohlstand attraktiv gemacht hat.

Derzeit (2005) wird geschätzt, dass in Spanien 400.000 Prostituierte arbeiten. 90 Prozent von ihnen sind Immigranten, wobei davon nur fünf Prozent bestätigen, sie hätten diese Tätigkeit selbst gewählt und übten sie freiwillig aus. Mit diesem lukrativen Geschäft werden in Spanien 18 Milliarden Euro im Jahr verdient. Nachdem in Europa die Grenzkontrollen schwanden, waren Mafiaorganisationen unter den ersten, die diesen Vorteil für eigene Zwecke zu nutzen wussten. Sie verbreiteten kolumbianisches Kokain über Drogenhändler in Spanien und in ganz Europa.

Spanische Initiativen wie die Schaffung spezieller Einheiten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität bedeuten einen enormen, aber unzureichenden Fortschritt.

3. 2. 2. MIGRATIONSSTROM

Die Iberische Halbinsel hat sich im Laufe der 80er und zu Beginn der 90er Jahre von einem typischen Auswanderungsland hin zu einem beliebten Einwanderungsland entwickelt. Diese Entwicklung ist besonders auf den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1986 und dem daraufhin gestiegenen Wirtschaftswachstum zurückzuführen. Durch die Veränderungen wurde das Land für neue Gruppen, wie zum Beispiel Einwanderer aus Afrika, Asien und Lateinamerika interessant. Die Hauptansiedelungsgebiete liegen hierbei in der Hauptstadt Madrid mit 20,6 % und den Regionen Katalonien (17,9%) und Andalusien (12,4%). Um als Saisonarbeitskräfte auf Großplantagen arbeiten zu können, sind vor allem die südlichen Regionen sehr beliebt.

Nach Berechnungen der spanischen Regierung muss sich die Zahl der Migranten in den nächsten drei Jahren verdoppeln, um die Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor ausfüllen zu können. In der Landwirtschaft fehlen nach Angaben des Agrarverbandes beispielsweise circa 350.000 Billiglohnarbeitskräfte. Diese Zahl kann nicht durch

einheimische Arbeitnehmer verkleinert werden, da diese in anderen Sektoren, wie zum Beispiel der Industrie, eine Arbeit anstreben.

Um die Zahl der fehlenden Arbeitnehmer zu kompensieren, wurde mit Marokko ein Abkommen zum Einsatz marokkanischer Arbeiter in der Landwirtschaft und im Baugewerbe vereinbart. Durch dieses Abkommen sollen jährlich ca. 300 000 marokkanische Gastarbeiter nach Spanien einreisen und legal arbeiten können. Weitere Abkommen dieser Art sind mit Ecuador, Kolumbien, Mali, Polen und Rumänien geplant.

Unter anderem Mithilfe dieser Abkommen versucht die spanische Regierung das große Problem der illegalen Einwanderung, die hauptsächlich durch die Visa-Überschreitung oder die tatsächliche illegale Einwanderung über die Straße von Gibraltar stattfindet, in ihrem Land zu bekämpfen. Die steigende Ausländerkriminalität, wachsende Armut unter Einwanderern aus Nicht-EU-Ländern und die Furcht vor ausländischen Terroristen lassen die Forderungen der Einheimischen nach einer strikteren Ein- und Zuwanderungspolitik immer mehr steigen. Abschließend ist zu sagen, dass Spanien noch einen weiten Weg vor sich hat, um die illegale Einwanderung unter Kontrolle zu bekommen.

3. 3. 3. ASYLPOLITIK

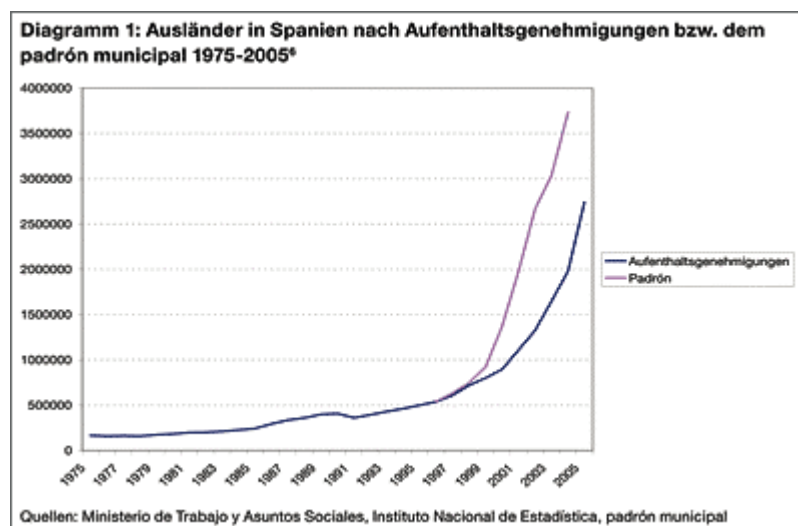
Spanien entwickelte sich im Lauf der 80er, seit Anfang der 90er Jahre zu einem Auswanderungs- und Einwanderungsland. Zwischen den 50er und 70er Jahren wanderten ca. 826.000 Spanier vor allem nach Lateinamerika aus. 1986 trat Spanien zur Europäischen Gemeinschaft bei, was die Auswanderer dazu bewegte, wieder zurückzukehren. Der Beitritt bewegt auch viele Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner zur Einwanderung nach Frankreich.

Bei der Integration der Einwanderer gibt es meist keine großen Probleme, da über die Hälfte der Ausländer aus dem spanischsprachigen Lateinamerika kommt. Sie bekommen leicht Arbeit in Berufen, bei denen man viel sprechen muss, wie zum Beispiel in der Touristikbranche.

Für Immigranten ist Spanien ein attraktives Land, da die Bauwirtschaft und der Fremdenverkehr viele nicht besonders qualifizierte Arbeitskräfte brauchen. Außerdem erhalten auch illegale Einwanderer den Zugang zur Gesundheitsfürsorge und die Möglichkeit, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Die staatliche Gesundheitsfürsorge akzeptiert zudem auch Kranke, die nie in die spanische Sozialversicherung eingezahlt haben.

Im Jahr 2000 trat das „Gesetz über die Rechte und Freiheiten der Ausländer und ihre soziale Integration“ in Kraft, da die Einwanderung doch eine Problematik für Spanien darstellte. Das Gesetz legt die Ermöglichung der legalen Einwanderung und der sozialen Integration dar.

Die Anzahl der Ausländer war 2005 noch 8,46%, was einen Prozentsatz von 3,2 gegenüber der Gesamtbevölkerung entspricht.



Die Hauptansiedlungsgebiete der Ausländer in Spanien sind Madrid mit 20,6%, die Regionen Katalonien mit 17,9% und Andalusien mit 12,4%. Die Einwanderer aus dem Europäischen Wirtschaftsraum leben größtenteils in den Touristenregionen, sowie auf den Balearen und Kanaren; Lateinamerikaner siedeln sich in den Ballungszentren an, Marokkaner eher in den ländlicheren Regionen, in denen sie auf Großplantagen Arbeit finden.

Die meisten Einwanderer sind in Berufen tätig, in denen das Angebot größer als die Nachfrage ist und verrichten Arbeiten, die Spanier nicht unbedingt anzieht. 2004 hat Spanien illegal arbeitende Ausländer illegalisiert. Etwa eine $\frac{3}{4}$ Million der Ausländer erhielt gültige Aufenthalts- und Arbeitspapiere. Die Zahl der Immigrationen ohne Papiere ist gesunken, dennoch gibt es davon immer noch eine Million. Der Anteil der ausländischen Beschäftigten an allen Erwerbstätigen betrug 2004/2005 10,4%. Im Jahre 2010 soll der Ausländeranteil bei 9 – 12% liegen.

-

3. 3. 4. AUSLANDSINVESTITIONEN

Der Kapitalverkehr und die Devisenkontrollen wurden in Spanien vollständig liberalisiert. In diesem Bereich besteht eine absolute Handlungsfreiheit.

Auch die Auslandsinvestitionen wurden liberalisiert, wobei dies an die Vorschriften über den freien Kapitalverkehr des EG-Vertrages angepasst wurde.

Meldepflichtig sind Auslandsinvestitionen in Spanien erst nach ihrer Realisierung. Allerdings gibt es Ausnahmen für Investitionen aus Ländern, die als Steuerparadies gelten; ausländische Investitionen in den Verteidigungssektor und Immobilieninvestitionen von Staaten, die nicht der EU angehören. Solche Investitionen muss der Ministerrat zuvor genehmigen.

Investitionen können getätigt werden von Spaniern oder Ausländern (natürlichen Personen) mit Hauptwohnsitz im Ausland, juristischen Personen mit Sitz im Ausland und von öffentlichen Einrichtungen eines anderen Staates.

Direktinvestitionen von Deutschen in Spanien beliefen sich im Jahre 2005 auf 1,201 Mrd €. Im Gegensatz dazu flossen nur 1,28 % der spanischen Auslandsinvestitionen nach Deutschland.

3. 3. 5. FACHKRÄFTEMANGEL

Die Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt ist leider noch immer recht problematisch. Spanien hat immer noch die höchste Arbeitslosenquote in der EU, obwohl die Wirtschaft in den letzten Jahren eine positive Bilanz aufweisen konnte. Wenn man bedenkt, dass Spanien 1996 noch eine Arbeitslosenquote von 22.9 % hatte, so konnten doch enorme Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt werden. 2006 lag die Arbeitslosenquote bei 8,3%. Die Arbeitslosenquoten, aber auch die Hauptbeschäftigungsbereiche, sind in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. Katalonien verzeichnet insgesamt die niedrigste Arbeitslosenquote und bildet zusammen mit dem Baskenland eine der wirtschaftlich stärksten Regionen Spaniens. Über die allgemein schwierige Arbeitssituation hinaus, beklagt Spanien einen zunehmenden Fachkräftemangel. Dieser ist jedoch nicht auf Outsourcing spanischer Unternehmen zurück zu führen, da dieser Trend, dem die starken Wirtschaftsnationen, wie zum Beispiel Deutschland oder Frankreich folgen, noch nicht auf Spanien übergegangen ist. Der Mangel an qualifizierten Arbeitern liegt in erster Linie an den Defiziten im Bereich des Schulwesens. Besonders in der Tourismusbranche, im Gesundheitsbereich und auf dem Bausektor fehlen Facharbeiter. Auch im naturwissenschaftlichen- und IT Bereich werden qualifizierte Fachkräfte gesucht.

4. FINNLAND



Finnland liegt in Nordeuropa zwischen dem 60. und dem 70. Breitengrad. Ein Viertel der Landesfläche befindet sich nördlich des Polarkreises. Finnlands Nachbarländer sind Schweden im Westen, Norwegen im Norden, Russland im Osten und, am Gegenufer des Finnischen Meerbusens, Estland im Süden. Finnland

ist das waldreichste Land Europas: Etwa 75 Prozent der Landesfläche sind mit Wald bedeckt. Weitere 10 Prozent entfallen auf Gewässer, vor allem Seen. Die Zahl der Seen wird auf 190.000 geschätzt. Außerdem gibt es etwa 180.000 Inseln.

BEVÖLKERUNG

Finnland hat etwa 5.3 Millionen Einwohner und ist mit 338.144,53 km² flächenmäßig das sechstgrößte Land Europas und somit etwas kleiner als Deutschland.

Die Bevölkerungsdichte beträgt aber nur rund 15,5 Einwohner pro Quadratkilometer.

Die Hauptstadt Helsinki sowie ihre Nachbarstädte Espoo und Vantaa bilden den schnell wachsenden Großraum Helsinki, in dem rund eine Millionen Menschen leben. Der Ausländeranteil an der Bevölkerung liegt bei zwei Prozent. Zahlenmäßig am stärksten vertreten sind Bürger aus den Nachbarländern Russland, Estland und Schweden,



darunter eine beträchtliche Zahl von Zuwandern finnischer Abstammung.

Die beiden offiziellen Landessprachen sind Finnisch und Schwedisch. 92 % der Bevölkerung sind finnisch-, 6 % schwedischsprachig.

INDUSTRIE UND WIRTSCHAFT

Im vergangenen Jahrhundert betrat Finnland den Weg zur Industrialisierung, indem es begann, seine Waldressourcen in industriellem Maßstab zu nutzen. Die Wälder sind nach wie vor die wichtigste Rohstoffressource des Landes, wenngleich Maschinenbau und Hightech, angeführt von Nokia, schon seit längerer Zeit den führenden Industriezweig des Landes bilden.



Das wichtigste Exportprodukt ist zur Zeit das Mobiltelefon und Finnland ist eines der wenigen Länder Europas, das mehr Daten- und Kommunikationstechnologie ausführt als es einführt. In Finnland gibt es mehr Mobiltelefone pro Kopf der Bevölkerung als in irgendeinem anderen Land der Welt – auf 100 Einwohner kommen ca. 91 Handys.

Lediglich 8 % der Finnen haben nur einen Festnetzanschluss. Unter den 15-30 - Jährigen besitzt nahezu jeder ein Mobiltelefon.

Heute ist Finnland eine hochentwickelte Industriegesellschaft. Das Nettovermögen der finnischen Haushalte entspricht dem Durchschnittswert in der Europäischen Union. Finnlands Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt rund 28 640 Euro. Wichtigster Sektor der finnischen Wirtschaft ist der Dienstleistungsbereich (65,5% des BIP), in dem 69% (2006) der Erwerbstätigen (davon ca. 47% im öffentlichen Dienst) beschäftigt sind. Das Industrie- und Baugewerbe hat einen Anteil von 31,4% am BIP, Land- und Forstwirtschaft tragen 2,9% bei. Die finnische Wirtschaft hat den Schritt zur Dienstleistungswirtschaft vollzogen.

4. 1. VORTEILE UND NACHTEILE DER VIER FREIHEITEN

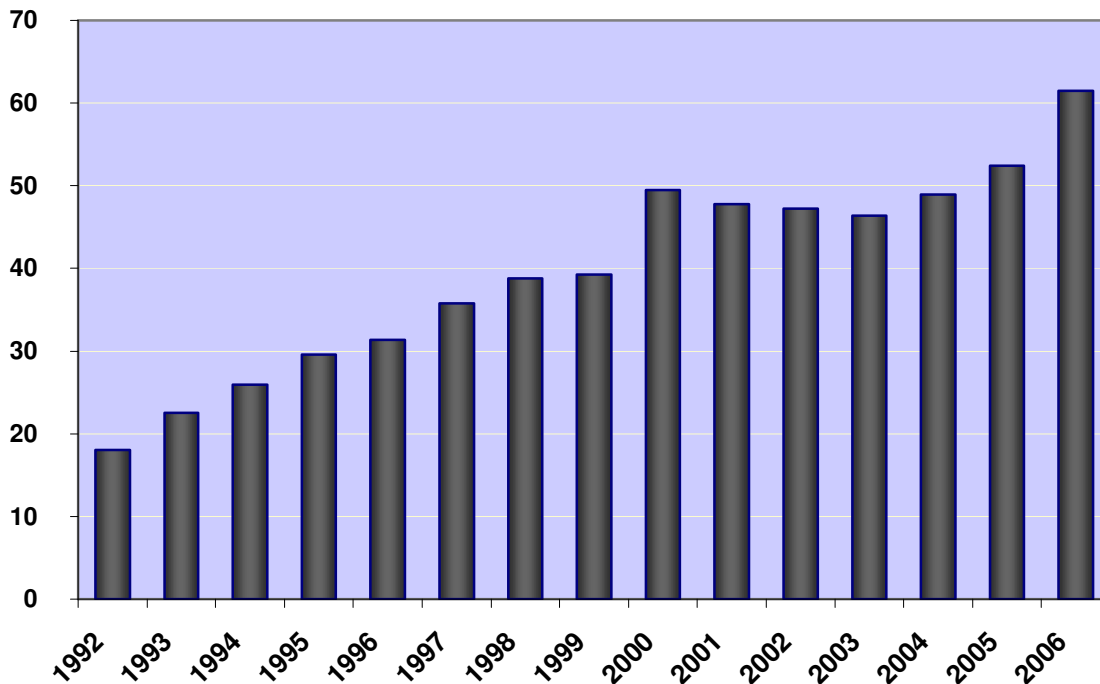
4. 1. 1. WAREN

Finnland befand sich in den frühen 1990er Jahren in einer Wirtschaftskrise. Die staatlichen Schulden und die Arbeitslosigkeit stiegen dramatisch an und die finnische Währung verlor einen beträchtlichen Teil ihres Werts. Durch den Beitritt zur Europäischen Union im Jahre 1995 erholte sich die finnische Wirtschaft, was vor allem der dynamischen Entwicklung des Exports und der Elektronikindustrie zu verdanken war. In den ersten Jahren der Mitgliedschaft wuchs die finnische Wirtschaft dann sogar schneller als die der Gesamt-EU.

Obwohl Finnland nach wie vor das teuerste Land der Eurozone ist, konnte ein deutlicher Rückgang der Verbraucherpreise, besonders bei Lebensmitteln, verzeichnet werden, was die Kaufkraft der Verbraucher stärkte. Außerdem haben sich in etlichen Einzelhandels- und Dienstleistungssektoren, zu Beginn Modehandel und Banken, später aber auch z.B. im Handel mit Waren des täglichen Bedarfs, ausländische Ketten etabliert. Der dadurch gewachsene Wettbewerb hat nicht nur das Angebot verbessert, sondern auch den Preisauftrieb gedämpft und teilweise sogar Preissenkungen bewirkt.

Zur Jahrtausendwende erlebte, die für die finnische Wirtschaft sehr wichtige, Informationstechnik- und Telekommunikationsbranche erst einen Internet-Boom und danach eine Rezession. Das Land hat sich in den letzten Jahren den Ruf eines High Tech-Standorts erarbeitet: so sind die finnischen Unternehmen Nokia und Sonera, aber auch der Erfinder von Linux, Linus Torvalds, Synonyme für Technik und Entwicklungsarbeit auf Weltniveau.

in Millionen €



4. 1. 2. KAPITAL

Als Finnland 1992 die Aufnahme in die EU beantragte, steckte das Land tief in einer Wirtschaftskrise, die schlimmer war als jede andere friedenszeitliche Rezession des 20. Jahrhunderts. Die staatlichen Schulden und die Arbeitslosigkeit stiegen dramatisch an und der Außenwert der Finnmark stand unter starkem Druck, der sich schließlich in Abwertungen entlud - die finnische Währung verlor einen beträchtlichen Teil ihres Werts.

Obwohl der finnische Außenhandel mit den Ländern der EU zu weiten Teilen schon vor dem Beitritt von allen Hemmnissen befreit worden war, erhielten Handel und Investitionen durch die Zugehörigkeit zum Binnenmarkt und zur Zollunion einen zusätzlichen Schub. Der Beitritt verschaffte dem abseits der großen Märkte gelegenen Land und seinen Unternehmen größere Aufmerksamkeit. In die gleiche Richtung wirkten auch die bemerkenswerten Erfolge einiger Branchen, allen voran der Elektronikindustrie.

Innerhalb der Eurozone besteht für die finnischen Unternehmen kein Währungsrisiko mehr. Zusätzlich wird ihre Tätigkeit dadurch erleichtert, dass die Bedeutung des Euro als Rechnungswährung auch außerhalb der Eurozone ständig zunimmt. Die Mitgliedschaft in der WWU verringert zugleich die Transaktionskosten, die bei Währungsumtauschen sowie bei der Absicherung gegen Kursrisiken entstehen

Vor der Währungsunion waren der Wechselkurs der Finnmark sowie die finnischen Geldmarktzinsen relativ starken Schwankungen ausgesetzt. Jetzt werden die kurzfristigen Zinsen von der gemeinsamen Geldpolitik der Eurozone vorgegeben, und die wiederum richtet sich nach der Entwicklung der Finanzmärkte in der gesamten Eurozone. Die Zugehörigkeit zur WWU hat denn auch die Stabilität und Glaubwürdigkeit der verhältnismäßig dünn ausgestatteten Geldmärkte Finnlands erhöht. Aufgrund des weggefallenen Wechselkursrisikos sind die Zinsen außerdem im langjährigen Durchschnitt niedriger als sie es wären, wenn Finnland nicht zur Eurozone gehörte.

Niedrigere Zinsen reduzieren die Kapitalkosten und unterstützen damit das Wirtschaftswachstum. Größere Zinsstabilität wiederum verbessert die Berechenbarkeit der ökonomischen Entwicklung. Das fördert die Investitionstätigkeit und erleichtert auch andere unternehmerische Entscheidungen. Davon profitieren vor allem kleine und mittelständische Betriebe, aber auch die Verbraucher und vor allem Wohnungskäufer.

Durch den Wegfall von Zöllen haben finnische Unternehmen mehr potentielle Kunden in Europa, aber auch mehr Auswahl an Lieferanten

4. 1. 3. PERSONEN

In einem Versuch, mit den komplexen Folgen der jüngsten EU-Erweiterung umzugehen, haben 12 Mitgliedstaaten der EU-15 die Freizügigkeit der Arbeitnehmer durch 'Übergangsregelungen' für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten beschränkt. Nach Ablauf einer zweijährigen Übergangsphase am 1. Mai 2006 sind sich die alten Mitgliedstaaten immer noch darüber uneinig, bis zu welchem Grad die Arbeitsmärkte für mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer geöffnet werden sollen.

2006 öffnete Finnland den Arbeitsmarkt für Menschen aus anderen Mitgliedsländern, um den drohenden Arbeitskräftemangel abzuwehren.

EU-Bürger, die in anderen EU-Mitgliedstaaten arbeiten, haben das Recht auf Mitgliedschaft in Gewerkschaften des Gastlandes.

Es gibt eine „allgemeine Regelung zur Anerkennung der Diplome“ in der EU. In Finnland werden die meisten Diplome problemlos anerkannt. Das Prüfverfahren dauert höchstens vier Monate und kann rechtlich angefochten werden. Jüngere Diplome bzw. längere Berufserfahrung können das Verfahren verkürzen. Darüber hinaus können in Finnland Berufe wie z.B. Osteopath oder Chiropraktiker auch von Nichtärzten ausgeübt werden, im Gegensatz zu anderen Ländern

Tarifverträge spielen im finnischen Arbeitsrecht eine wichtige Rolle. In vielen Branchen regeln Tarifverträge die Arbeitsbedingungen bis ins Detail. Viele dieser Verträge sind für allgemeinverbindlich erklärt worden. Diese Tarifverträge binden dann alle Arbeitgeber der Branche. Die Tarifverträge verbessern die Gehälter und andere Rechte der Arbeitnehmer oft spürbar.

4. 1. 4. OUTSOURCING

Ein aktuelles Beispiel von Outsourcing ist die Verlagerung der Nokia Produktion von Bochum nach Finnland, Rumänien und Ungarn. Grund dafür sind zum einen die



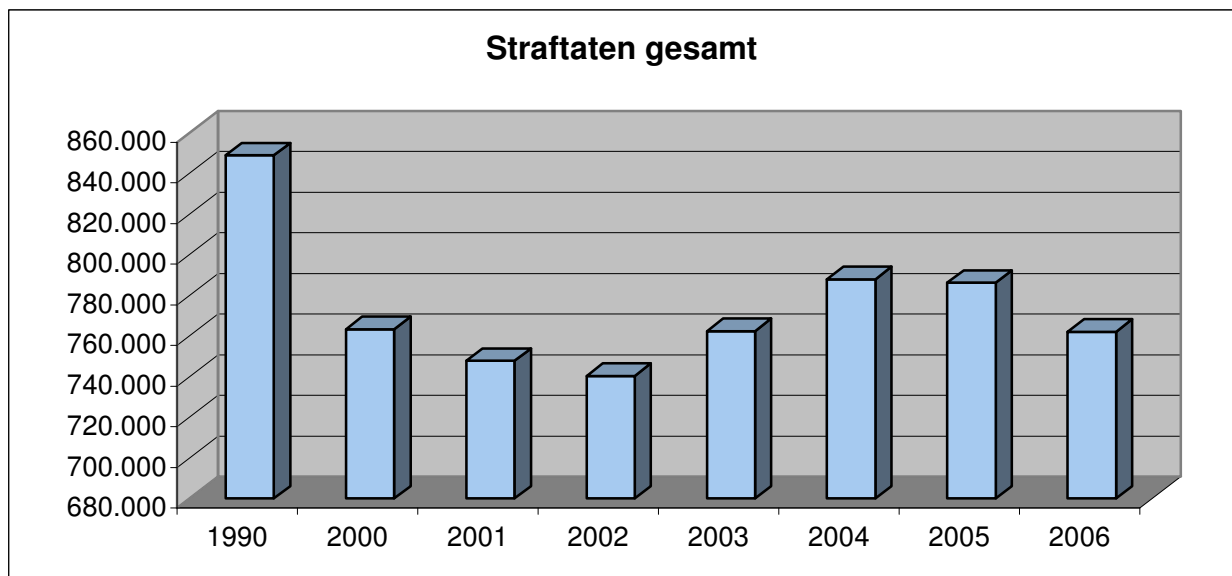
hohen Produktions- und Lohnkosten in Deutschland, die es unmöglich machten den Standort wettbewerbsfähig zu machen. Auch das Angebot an Fachkräften für Spitzenprodukte macht Finnland als Standort attraktiv. Finnland ist als Land mit einem sehr hohen Bildungsstandard bekannt.

Anhand dieses Beispiels zeigt sich wie interessant Finnland für europäische Firmen der Elektroindustrie, Petrochemie und des Maschinen - & Fahrzeugbaus ist. Die niedrigen Produktionskosten sowie das große Angebot an Fachkräften sind optimale Bedingungen für den Produktionsstandort Finnland.

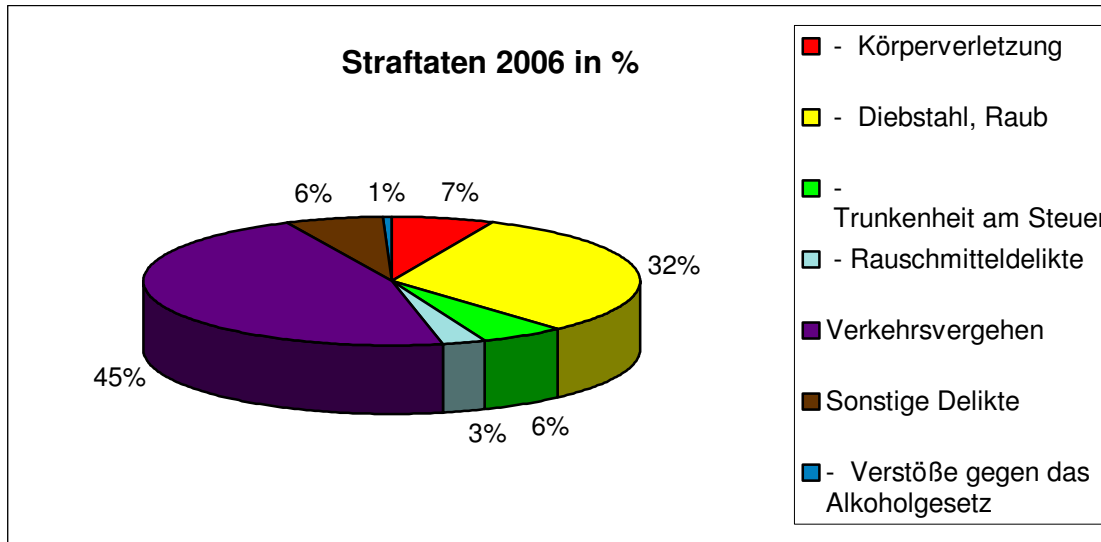
4. 1. 5. KRIMINALITÄT

Kriminalität Finnland								
	1990	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Alle Straftaten	848.978	763.391	747.774	740.338	762.451	787.964	786.308	762.155
Verstöße gegen Strafgesetz	435.154	530.270	516.175	520.194	538.297	540.867	531.000	516.940
Totschlag, Mord, minder schwerer Fall des Totschlags	145	146	155	131	103	144	113	111
- Körperverletzung	20.654	27.820	27.329	28.022	28.862	29.806	30.481	30.885
- Diebstahl, Raub	166.266	196.009	180.648	181.407	179.646	166.095	155.080	147.137
- Trunkenheit am Steuer	29.759	22.783	22.722	22.957	24.604	26.977	26.012	25.765
- Rauschmitteldelikte	2.546	13.445	14.869	13.857	15.058	14.486	14.425	13.317
Verkehrsvergehen	367.571	214.543	211.843	200.448	204.120	218.723	225.055	215.322
Sonstige Delikte	46.253	18.578	19.756	19.696	20.034	28.374	30.253	29.893
- Verstöße gegen das Alkoholgesetz	8.503	4.067	4.146	3.331	2.994	3.772	3.878	3.034

Anhand der Diagramme ist ersichtlich, dass die Kriminalität im Land von 2001 bis 2004 auf den Höchststand von 790.000 Straftaten angewachsen ist. Im Jahr 2005 war dann ein leichter Rückgang zu verzeichnen, was sich im Jahr 2006 noch deutlicher fortgesetzt hat. Die Anzahl der Straftaten erreichte in diesem Jahr erneut den Stand von 2003 (ca. 760.000).

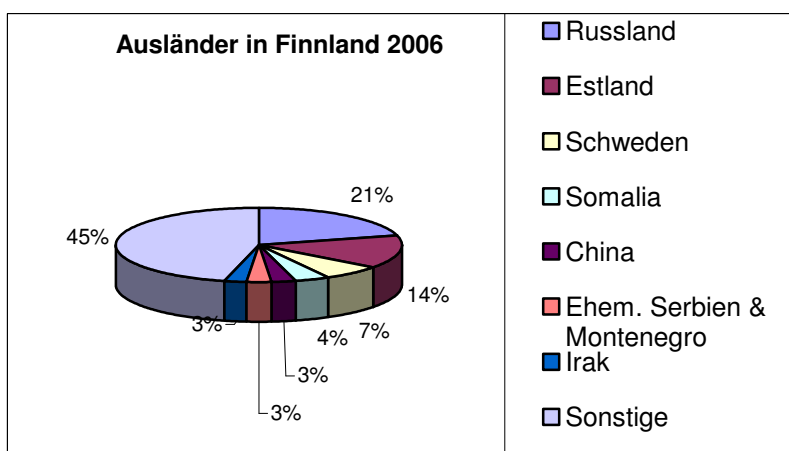


Im Jahre 2006 dominierte der prozentuale Anteil von Verkehrsvergehen mit 45 % Und Diebstahl Raub mit 32%. Wie oben aus der Tabelle ersichtlich ist, sind Rauschgiftdelikte seit 1990 von 2500 auf 13.300 im Jahre 2006 stark angestiegen.



4. 1. 6. MIGRATIONSTROM

Der Ausländeranteil stieg in Finnland in den letzten Jahren stetig. Im Jahr 1999 betrug die Zahl der Ausländer noch 26.255, im Jahr 2006 waren es schon 121.739. Der größte Teil der Ausländer sind Russen, Esten und Schweden.



4. 1. 6. ASYLPOLITIK

Jahr	Arbeitslosigkeit	Änderung
2003	8,5 %	
2004	9 %	5,88 %
2005	8,9 %	-1,11 %
2006	8,4 %	-5,62 %
2007	7 %	-16,67 %

Wie in der Statistik zu sehen ist, sinkt die Zahl der Arbeitslosen, wobei die deutlichste Senkung von 2006 auf 2007 zu verzeichnen ist. Die größten Gruppen der Arbeitssuchenden sind Jugendliche und Ausländer. Ein Grund hierfür ist wohl die mangelnde Qualifizierung dieser Gruppen. Da in Finnland die Elektroindustrie, die Petrochemie und der Maschinen- und Fahrzeugbau die wichtigsten Industriezweige sind, werden hauptsächlich Facharbeitskräfte benötigt mit entsprechender schulischer Vorbildung.

5. FRANKREICH

Zum 1. Januar 2007 wurde die Bevölkerung, einschließlich der Menschen in den Überseegebieten, auf 64.102.140 geschätzt. Nach Deutschland nimmt Frankreich in der EU den zweiten Platz bei der Bevölkerungszahl ein. Innerhalb der EU hat Frankreich einen Bevölkerungsanteil von 13 %.

Bevölkerungszusammensetzung:

- 90,4 % Franzosen
- 5,6 % Ausländer
- 4 % Neubürger

Insgesamt hat das „französische Mutterland“ in Europa eine Fläche von 543.965 km². Frankreich ist eine gelenkte Volkswirtschaft, die in den letzten Jahren zunehmend dereguliert und privatisiert wurde. Ein staatlicher Mindestlohn, der SMIC, sichert den Angestellten einen Stundenlohn von derzeit 8,03 Euro. Schlüsselindustrien, besonders die Energiewirtschaft, sind bislang unter staatlicher Kontrolle. Frankreich ist ein bedeutender Produzent von Atomstrom und Deutschland einer seiner wichtigsten Kunden. In Frankreich wird ca. 80 Prozent der Elektrizität mit Atomkraftwerken produziert.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2006 jährlich und erreichte 2006 den Wert von 29.245 Euro pro Kopf.

5. 1. VORTEILE DER VIER FREIHEITEN

5. 1. 1. WAREN

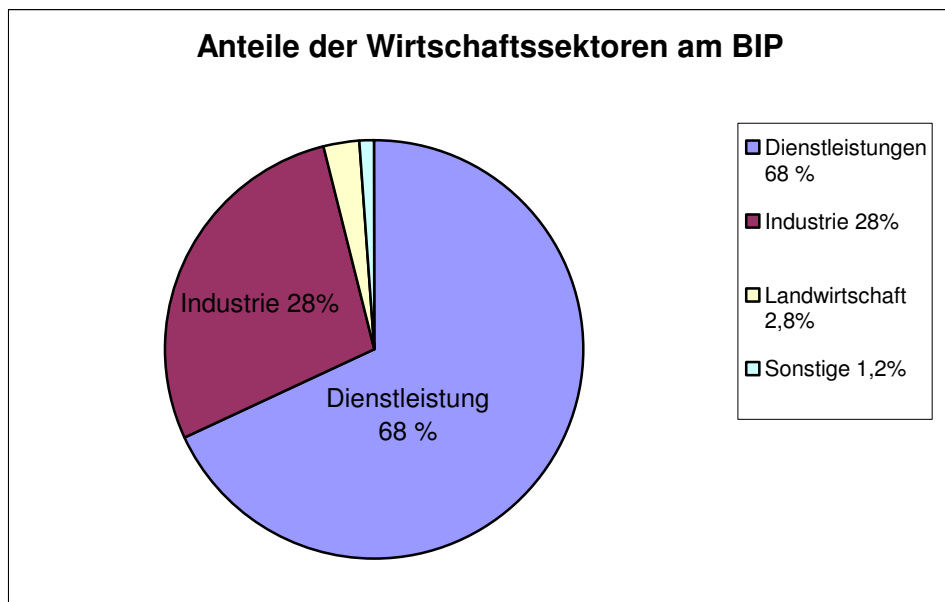
Frankreich gehört zu den größten Wirtschaftsnationen in der EU mit einem BIP (nominal) von 2.252.210 Mio US- Dollar (Angabe 2006).

Im Vergleich zu den Jahren zuvor hat sich dieser Betrag nahezu verdoppelt.

Im Jahr 1990 lag dieser noch bei 1.245,7 Mio US- Dollar.

Die Hauptausfuhrprodukte von Frankreich sind Maschinen- und Transportzubehör, chemische Erzeugnisse, Maschinen, Eisen – und Stahlerzeugnisse, sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Die verschiedenen Wirtschaftssektoren kann man wie folgt einordnen:



Die Industrie rangiert in Frankreich mit einem Anteil von 28 Prozent am Sozialprodukt auf Platz zwei. In diesem Bereich ragen Bau, Chemie, Automobile, Luft- und Raumfahrt sowie Telekommunikation und die Nahrungsmittelindustrie hervor.

Landwirtschaftliche Produkte nehmen 2,8 % des Bruttoinlandproduktes ein. Produziert werden z.B. Zuckerrüben, Getreide und Ölsaaten, Wein, sowie tierische Produkte.

Durch den europäischen Binnenmarkt sind viele Vorteile für den Käufer entstanden:

Die Angebotsvielfalt ist gewachsen, da viele Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen nun auch in anderen Mitgliedsstaaten anbieten können.

Dies führt zu einer größeren Konkurrenz in den verschiedenen Sektoren, was meistens eine Preissenkung zu Folge hat. Auch die ausfallenden Warenverkehrs-/Transportmehrkosten, die durch entfallende Formularaufwände und Zölle eingespart werden, kommen den Konsumenten zu Gute.

Für den Erwerb von Waren bei Reisen innerhalb der EU gelten keine Beschränkungen, solange die Waren für den persönlichen Gebrauch und nicht für den Wiederverkauf bestimmt sind, ausgenommen sind Neufahrzeuge.

5. 1. 2. DIENSTLEISTUNGEN

Den größten Anteil an der Wirtschaft ist der Dienstleistungssektor, der rund 68 % ausmacht.

Die größten Branchen der Dienstleistung sind der Handel, Bankwesen, Fremdenverkehr, Gesundheitswesen und beratende Dienstleistungszweige.

Der Kunde hat eine größere Auswahl an Anbietern, die wie bei den Waren, zu Konkurrenz und Preissenkungen führt.

5. 1. 3. KAPITALVERKEHR:

Privatpersonen haben die Möglichkeit zahlreiche Geschäfte im Ausland tätigen zu können (z.B. Eröffnung eines Bankkontos, Kauf von Aktien ausländischer Unternehmen, Erwerb von Immobilien, Geldanlage am renditestärksten Markt).

Unternehmen haben die Möglichkeit in andere europäische Unternehmen zu investieren und auch Eigentümer dieser Unternehmen zu sein.

5. 1. 4. FREIER PERSONENVERKEHR:

Jeder Franzose hat als EU-Bürger das Recht seinen Arbeitsplatz und Wohnort frei zu wählen. Durch den Wegfall der Grenzkontrollen lassen sich Reisen, insbesondere grenzüberschreitende Geschäftstermine leichter realisieren. Diesen Vorteil genießen vor allem Pendler, die in Frankreich wohnen und im grenznahen Ausland, beispielsweise in Deutschland, arbeiten und somit täglich über die Grenze „müssen“.

Auch der Arbeitsmarkt als solcher hat die „Barrieren beseitigt“. Brauchten französische Schulabsolventen bislang eine zwischenstaatliche, formelle Anerkennung ihres Zeugnisses, so entfällt diese Bürokratie heute aufgrund der ähnlichen Bildungssysteme und der Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich.

EURES (European Employment Services), ist ein im Jahre 1993 gegründetes europaweites Netzwerk, welches die Mobilität im Bereich des Arbeitsmarktes fördert. Arbeitnehmer können sich durch Partner dieses europaweiten Netzwerkes (z.B. öffentliche Arbeitsverwaltungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) über Arbeitsmöglichkeiten, Arbeits- und Lebensbedingungen beraten lassen. Arbeitgebern wird bei der Gewinnung von Arbeitskräften aus dem Ausland geholfen. Und für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Grenzregionen gibt es eine spezielle Beratung.

Schon vor dem Schulabschluss haben junge Berufsschüler und Auszubildende die Möglichkeit, praktische Erfahrungen im grenznahen Ausland zu sammeln. Das Projekt „Euregio-Zertifikat“ bietet an, ein mindestens 4-wöchiges Praktikum in Frankreich, Deutschland oder der Schweiz zu absolvieren und dadurch eine interkulturelle Qualifizierung zu erlangen.

5. 2. NACHTEILE DER VIER FREIHEITEN

5. 2. 1. OUTSOURCING VON UNTERNEHMEN

Seit der Einführung der Dienstleistungsfreiheit 1992 ist es Firmen in der EU möglich, diese Form der Unternehmensstrategie zu betreiben. Outsourcing bedeutet, dass Firmen, entweder nur einzelne Abteilungen beispielsweise die EDV, den Einkauf oder die Buchhaltung oder ganze Produktionszweige an externe Unternehmen vergeben. Diese Aufgaben werden oft in das billiger produzierende Ausland verlegt. Dabei sind die Lohnkosten deutlich geringer, so dass sich die Produktion trotz der anfallenden Transportkosten lohnt. Outsourcing bringt zwar dem betreibenden Unternehmen Vorteile, birgt aber Risiken für die volkswirtschaftliche Entwicklung. Bereits die Hälfte der Vorstände der großen Firmen in Frankreich (z.B. BNP Paribas, Renault, L'Oréal) denken bereits über Outsourcing nach. Dies würde der positiven

Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die im März 2007 mit 8,3% auf den tiefsten Stand seit 24 Jahren gesunken ist, entgegenwirken. Außerdem birgt es die Gefahr, dass qualifizierte Fachkräfte ins Ausland abwandern, um dort besser bezahlte Jobs anzunehmen. Hierdurch entsteht auf Dauer ein Fachkräftemangel im eigenen Land. Outsourcing verursacht auch Umweltprobleme. Durch die weiteren Transportwege, welche meistens mit LKW's oder Flugzeugen zurückgelegt werden, wird vermehrt CO₂ ausgestoßen.

5. 2. 2. GRENZÜBERSCHREITENDE KRIMINALITÄT

Durch die Öffnung der Grenzen wird eine Zunahme der Kriminalität (Drogenhandel, Prostitution, Menschenhandel) befürchtet und zwar aus den osteuropäischen Ländern und aus dem nicht-europäischen Ausland. Hierdurch sind verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen notwendig. Der Zoll kontrolliert zusätzlich stichprobenartig nicht nur an den Grenzen, sondern wird auch von der Polizei im Landesinneren unterstützt. Durch den Wegfall der Zollkontrollen wurde Polizei abgebaut, dies führt natürlich zu steigender Kriminalität. Vor allem Schmuggler haben nun bessere Möglichkeiten. Im Allgemeinen ist nicht allzu schwer für Einbrecher oder Ladendieben ihre Straftaten im Ausland zu begehen, was die Ermittlungen der Polizei sehr erschweren. Es gibt zwar eine europaweite Verbrecherdatenbank, auf welche viele Polizeieinrichtungen zugreifen können, jedoch verläuft die internationale Kooperation bei der Aufklärung von Straftaten noch nicht optimal.

5. 2. 3. MIGRATIONSTROM:

Frankreich hat eine lange Zuwanderungsgeschichte. Drei Phasen von Massenzuwanderung können dabei unterschieden werden. Die erste Phase setzte bereits um 1830 ein und brachte eine stete Zuwanderung von Millionen von Zuwanderern aus den Ländern Mittel-, Ost- und Südeuropas. In einer zweiten Phase kamen während des wirtschaftlichen Aufschwungs nach 1945 überwiegend männliche Arbeitskräfte nach Frankreich. Die dritte Phase, die in den 1970er begann und bis in die Gegenwart reicht, ist gekennzeichnet von Familiennachzug.

Studien ergeben, dass die Migration vor allem für viele Arbeitgeber von Vorteil ist. Migranten sind für diese günstige Arbeitskräfte und erledigen auch Arbeiten, die Einheimische ablehnen würden.

Jedoch ist die Einwanderung für Frankreich ein großer Kostenfaktor. Asylbewerbern, die auf ihre Papiere warten, ist es im ersten Jahr ihrer Einwanderung nicht erlaubt eine Arbeitsstelle anzunehmen und somit leben dies von sozialen Hilfen. Schätzung zur Folge hat Frankreich im Jahre 2005 etwa 24 Milliarden Euro für Einwanderer ausgegeben.

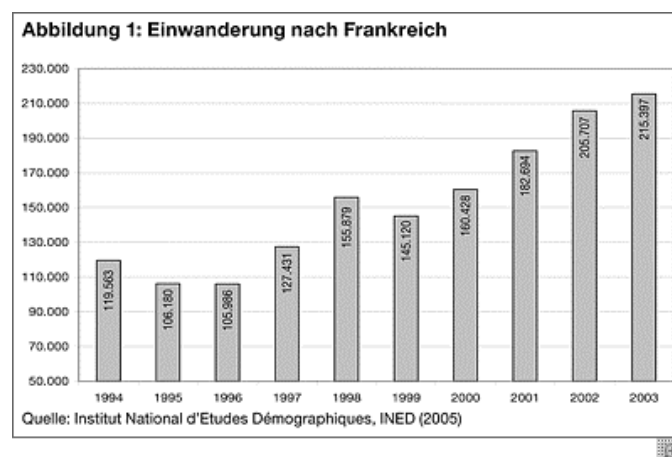
5. 2. 4. ASYLPOLITIK:

In Frankreich leben über 3,5 Millionen Ausländer. Diese Zahlen sind jedoch nicht sehr aussagekräftig, da ein sehr großer Anteil der Bürger der ehemaligen Kolonien von den Vorteilen des französischen Rechts im Bereich der Einbürgerung profitiert. Diese Bürger haben bei der Auflösung der Kolonien das Recht auf die französische Staatsbürgerschaft erhalten. Dasselbe Recht haben die in Frankreich geborenen Kinder ausländischer Eltern. Außerdem muss man eine relativ große Zahl von illegalen Zuwanderern berücksichtigen.

Die Bevölkerungsgruppe der Ausländer im kulturellen Sinne ist damit viel größer als es die offiziellen Zahlen zeigen. Nach einigen Schätzungen sind es ca. 14 Millionen.

2006 wurden 39.332 Asylanträge gestellt, insgesamt verzeichnen somit die Asylbegehren einen signifikanten Rückgang um 33,6% gegenüber dem Jahr 2005. Trotz dieses Rückgangs, der bereits 2004 eingesetzt hat, steht Frankreich weiterhin an erster Stelle unter den Bestimmungsländern der Asylsuchenden im Vergleich zu den wichtigsten europäischen Partnerländern.

In Frankreich beträgt im Jahre 2005 der Anteil ausländischer Beschäftigter an allen Erwerbstätigen etwa 5,6%, mit einer Arbeitslosenquote von 9,9%.



Auch die Arbeitslosenquote der Ausländer in Frankreich ist erschreckend hoch und somit muss Frankreich auch diese Arbeitslosen finanzieren.

Außerdem wurden einige Gruppen ausländischer Herkunft an den Rand der Gesellschaft gedrängt und diese bereiten jetzt eine Menge ökonomischer und sozialer Probleme.

Abbildung 6: Asylbewerber in Frankreich nach Herkunftsland

Herkunftsland	2005	2004
Algerien	1.900	4.209
Bosnien u. Herzegowina	2.248	2.915
China	2.446	4.196
DR Kongo	2.748	3.848
Haiti	4.808	3.133
Republik Moldau	2.010	2.227
Russische Föderation	2.723	3.331
Serbien u. Montenegro	3.714	3.812
Sri Lanka	1.870	2.246
Türkei	3.481	3.812

Quelle: UNHCR (2006)

Den Schengener Gründungsvätern war bewusst, dass sich nach Abschaffung der Binnengrenzkontrollen auch Drittstaatsangehörige, die mit einem Visum eingereist sind, frei zwischen ihren Staaten bewegen können. Sie haben deshalb, neben dem gemeinsamen polizeilichen Fahndungssystem, auch ein gemeinsames Visum für Kurzeitaufenthalte geschaffen. Dieses wird durch die Botschaft oder das Konsulat eines Mitgliedstaates ausgestellt, gilt aber in der Regel für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten in allen Schengenstaaten.

Soziale Spannungen:

Wie ein Flächenbrand scheint sich die Gewaltwelle in Frankreich auszubreiten. Frustrierte Jugendliche aus den sozialen Randgruppen ehemaliger Einwandererfamilien machen ihrer Aggression gegen Staat und Gesellschaft, die sie als verantwortlich für ihre Chancenlosigkeit sehen, Luft.

5. 2. 5. TERRORISMUS:

Bei der Terrorismusbekämpfung ist Frankreich national und international (unter anderem im EU-, G8- und VN-Rahmen) stark engagiert. Nationale Sicherheitsmaßnahmen ("plan vigipirate" mit Polizei-, Gendarmerie- und Militärkontrollen insbesondere an Bahnhöfen und Flughäfen) haben eine hohe Qualität. Sie werden nach der Verabschiedung eines Rahmengesetzes zum Kampf gegen den Terrorismus im Januar 2006 schrittweise weiter verdichtet.

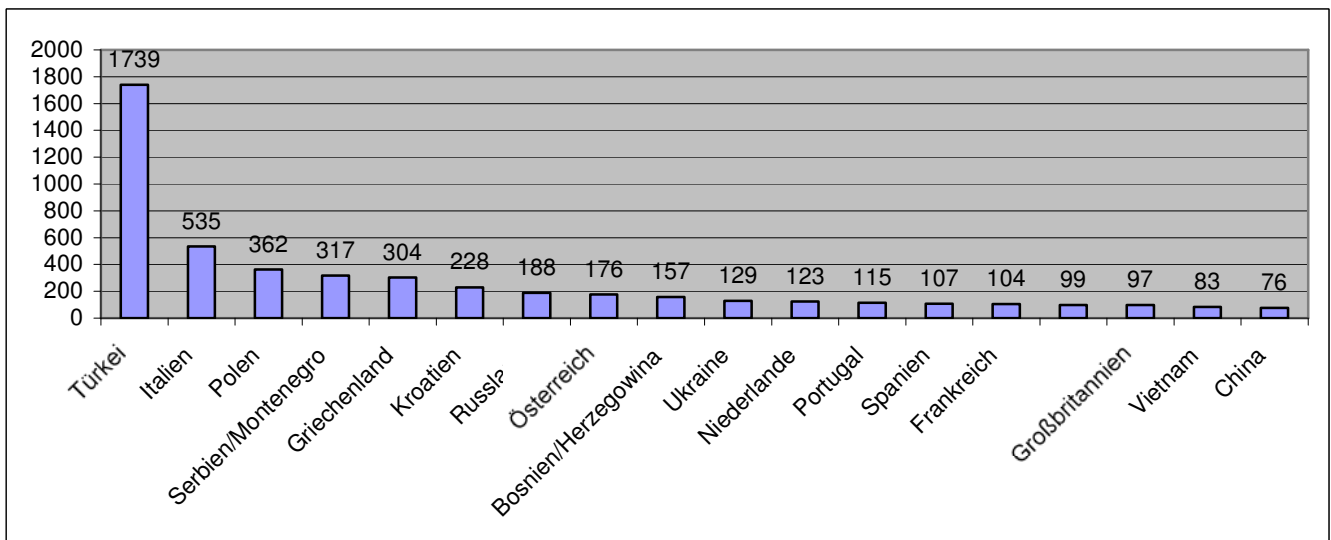
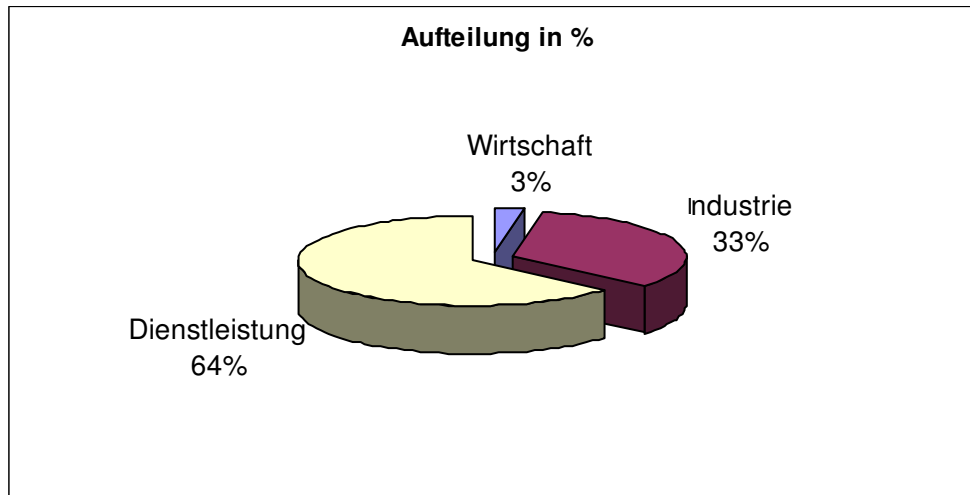
6. DEUTSCHLAND

Größe: 357.092,90 km²

Einwohnerzahl: 82.310.000 (31. Dezember 2006)

BIP pro Kopf: \$28.700

Ausländeranteil: Ende 2006 6,7 Mio. Ausländer



6. 1. VORTEILE DER VIER FREIHEITEN

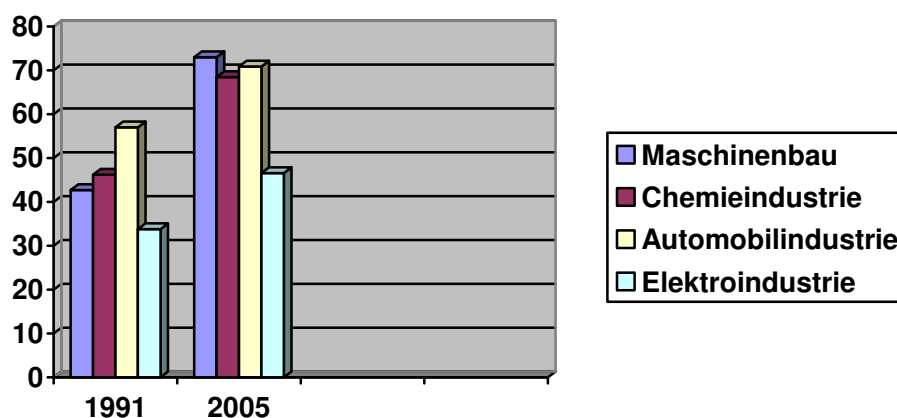
6. 1. 1. WAREN

Der Binnenmarkt hat den Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten sehr vereinfacht. Ein klarer Hinweis darauf, ist die seit 1991 deutlich gestiegene Exportquote in Deutschland, die ein signifikanter Beweis für die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrieunternehmen ist.

Nach Untersuchungen des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung ist die Zahl der Exportunternehmen in Deutschland in dieser Zeit um knapp 20 Prozent gestiegen.

Die Erweiterung der EU und die neuen Möglichkeiten der Globalisierung führten dazu, dass gerade kleinere und mittlere Unternehmen zunehmend exportieren, weil sinkende Transportkosten, sinkende Lieferzeiten und Bürokratieabbau dies erst möglich machten. Vor Abbau der Grenzen machte allein das Besteuerungssystem pro Jahr 60 Millionen Zollabfertigungspapiere erforderlich, auf die heute verzichtet wird.

Exportquoten (in Prozent)



Exportüberschüsse werden vor allem im Handel mit EU-Ländern erzielt, deren Anteil 73,3 Prozent am gesamten deutschen Außenhandel ausmachen.

So gelang es Deutschland 2005, die Spitzenposition des weltweiten Warenhandels einzunehmen. Dabei konnten in alle EU-Länder positive Zuwachsraten erzielt werden.

Für den gesamten deutschen Außenhandel ist nach wie vor Frankreich der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Frankreich hat einen Anteil von 16 Prozent an allen deutschen Ausfuhren in die EU.

Für den deutschen Verbraucher bedeutet der freie Warenverkehr eine größere Auswahl an Produkten und einen leichteren Preisvergleich, dank der Einführung des Euro. Außerdem müssen Produzenten ihre Preise niedrig halten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf einem Binnenmarkt mit 480 Millionen Verbrauchern unter Beweis zu stellen. In vielen Fällen tragen EU-Richtlinien zum Bürokratieabbau bei, was bei den Unternehmen zu niedrigen Befolgungskosten führt. Diese Einsparungen können an die Verbraucher weitergegeben werden.

6. 1. 2. DIENSTLEISTUNGEN

Dienstleistungen sind von entscheidender Bedeutung für den europäischen Binnenmarkt.

Sie leisten heute mit gut 70 Prozent auch in Deutschland mit Abstand den größten Beitrag zu Wertschöpfung und Beschäftigung und sind etwa seit Beginn der 80er Jahre der größte Sektor der Wirtschaft in Deutschland. Seit Anfang der 90er Jahre sind in Deutschland fast 5 Millionen Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor geschaffen worden.

Erfreulich ist, dass sich die Leistungsbilanz beim Dienstleistungsverkehr in den letzten Jahren deutlich verbessert hat, denn die Bearbeitung von 60 Millionen Zolldokumenten ist weggefallen.

Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt vom 12. Dezember 2006 erleichtert das Angebot und die Inanspruchnahme von grenzüberschreitenden Dienstleistungen in der EU und stärkt zudem die Rechte von Dienstleistungsempfängern sowie Dienstleistungserbringern. Dadurch steigt der Wettbewerb im grenzüberschreitenden Dienstleistungsmarkt, was zu niedrigeren Preisen, höherer Qualität der Produkte und einem größeren Angebot für Verbraucher führte.

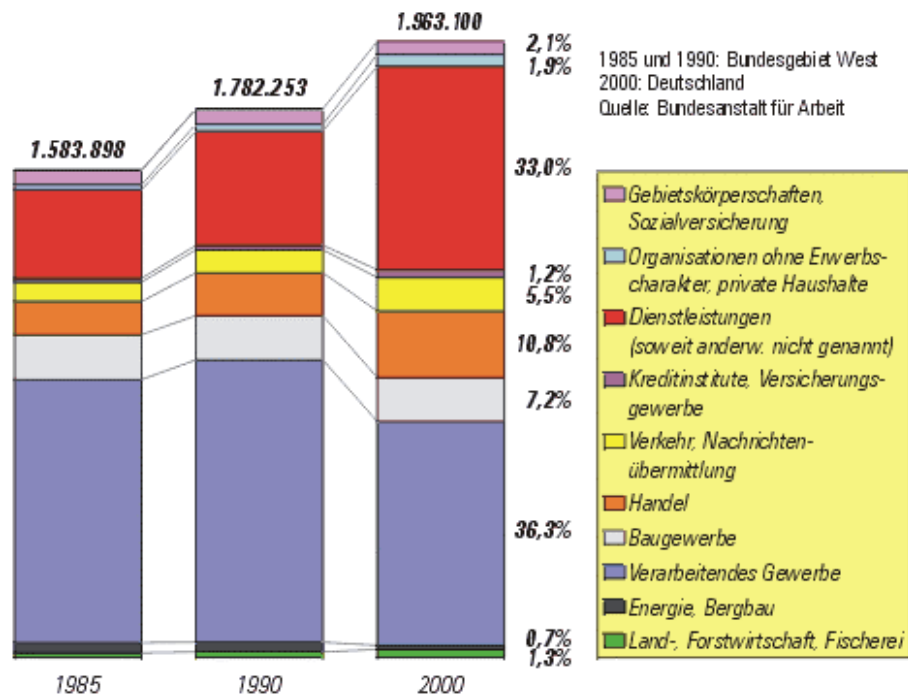
Die Öffnung der Märkte bedeutete besonders für industrienaher Dienstleister die Exportchancen, der zumeist hoch qualifizierten deutschen Anbieter, im europäischen Ausland zu fördern.

Ernst zu nehmende Studien gehen davon aus, dass durch die Öffnung der europäischen Märkte für Dienstleistungen rund 600.000 Arbeitsplätze europaweit geschaffen wurden, davon 100.000 allein in Deutschland.

Zu dem heute vorhandenen Dienstleistungsangebot in Deutschland tragen also auch viele ausländische Anbieter bei.

Die Zahl der Ausländerbeschäftigungen in den expandierenden Wirtschaftsbereichen hat deutlich zugenommen, vor allem im breit gefächerten Dienstleistungssektor.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer 1985, 1990 und 2000 nach Wirtschaftsabteilungen



Die Rangliste der von ausländischen Beschäftigten ausgeübten Berufe wird von den Verkehrsberufen (Eisenbahn, Schiffs- und Luftverkehr, Kraftfahrer etc.) angeführt, gefolgt von den Reinigungsberufen und den Verwaltungs- und Büroberufen. Erst nach diesen Dienstleistungsberufen folgen sogenannte „Fertigungsberufe“.

Zu den 20 stärksten Berufsgruppen, denen 87 Prozent aller ausländischen Beschäftigten in Deutschland angehören, zählen weitere quantitativ bedeutende Dienstleistergruppen wie Warenkaufleute, die Gesundheitsberufe (Ärzte,

Krankenschwestern etc.), die sogenannten Gästebetreuer (Gastronomie- und Hotelfachkräfte), sowie die Sozial- und Erziehungsberufe (Sozialarbeiter, Erzieher, Lehrer, Altenpfleger etc.).

6. 1. 3. KAPITAL

Gesetze Geldtransfer

Ab dem 28.01.2008 gibt es einen einheitlichen Zahlungsverkehr. Das heißt, es gibt keine Höchstbeträge mehr (bisher maximal 50.000 EUR pro Zahlung) und Transaktionen in das EU-Ausland werden zu normalen inländischen Konditionen abgewickelt. Lediglich der Buchungsposten (= Bewegung auf dem Konto) wird berechnet. Dies gilt für

- Grenzüberschreitende Überweisung
- Grenzüberschreitende elektronische Zahlungsvorgänge
- Grenzüberschreitende Schecks.

Der gesamte Zahlungsverkehr in das EU- Ausland wird nur noch mit sogenannten BIC (Bank Identifier Code) und IBAN (International Bank Account Number) Angaben durchgeführt. Diese Angaben stehen immer auf der ersten Seite des Kontoauszuges. Die Mitführung von Barmittel, Schecks und anderen Zahlungsmitteln bei Reisen von Deutschland in das Ausland ist auf 10.000 EUR beschränkt.

Veränderung der Gebühren seit des freien Kapitalverkehrs

Früher wurden Zahlungen von Deutschland ins Ausland mit einem Abwicklungspreis pro Zahlung von 10 EUR bis maximal 1,5% des Auftragswertes berechnet.

Seit der Bargeldeinführung des EURO und der Eurostandartüberweisung werden, bis maximal 50.000 EUR pro Zahlung, keine Überweisungsspesen mehr erhoben und ab 01.01.2008 gibt es keine Betragsgrenze mehr.

Bei Geldautomaten gilt die Verordnung, dass nur Entgelte berechnet werden dürfen, wie sie im Inland erhoben werden. Das heißt, wenn ein EU-Ausländer in Deutschland an einem Geldautomat Geld abheben möchte, werden ihm höchstens die Entgelte in Höhe einer Inlandsabhebung abgezogen. In Deutschland belaufen sich die Gebühren auf ca. 5 EURO. Dies gilt ebenso für Fremdkunden von einer anderen Bank.

Da die EU- Verordnung Schecks als Zahlungsmittel nicht umfasst, handelt es sich bei einem Scheck grundsätzlich auch in Deutschland um ein sehr teures grenzüberschreitendes Zahlungsmittel. Die meisten Banken erheben bei Gutschriften mittels Scheck einen Mindestbetrag. Wenn dieser überschritten wird, gibt es, als zweite Möglichkeit der Gebührenerhebung, einen bestimmten Prozentsatz, welcher der Endsumme abgezogen wird.

Zollwegfall

Mit der Schaffung des Binnenmarkts in der Europäischen Union 1993 sind die Zollgrenzen zwischen den Mitgliedstaaten beseitigt worden. Seitdem gibt es hier keine förmlichen Zollkontrollen mehr - der Zoll überwacht die VuB (= Verbote und Beschränkungen) grundsätzlich nur noch an den Außengrenzen der EU. Unbefriedigend an dieser, sich aus dem Grundsatz des freien Warenverkehrs ergebenden Situation, ist, dass einmal illegal in die Gemeinschaft gebrachte Waren dann grundsätzlich frei im Binnenmarkt zirkulieren können. Um dem entgegen zu wirken, hat die deutsche Zollverwaltung sogenannte Mobile Kontrollgruppen (MKG) eingerichtet. Die MKG haben neben der allgemeinen Schmuggelbekämpfung auch die Aufgabe, die Überwachung der VuB im innergemeinschaftlichen Handel sicherzustellen.

6. 1. 4. VORTEIL PERSONEN

Erleichterte Arbeitsbedingungen

Eine zentrale Ursache für die Abwanderung von Deutschen ins europäische Ausland ist, dass andere Länder oft bessere Standortbedingungen haben als Deutschland. Die hohen Steuern und Sozialabgaben, ein fast undurchlässiger Arbeitsmarkt und „Defizite in der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur“ bilden im Vergleich zu europäischen Nachbarstaaten erhebliche Standortnachteile.

Weitere Vorteile:

- meist bezahlte Fremdsprachenkurse von Firmen an ausländische Arbeitnehmer
- deutsche Sprache im EU-Ausland immer noch wichtig, da die viele Firmen auch in Deutschland noch einen Sitz haben. => Vorteil durch Mehrsprachigkeit

- Arbeitslosenquote in anderen Ländern geringer als in D.
- Deutsche werden gerne eingestellt. ("tadelloser Ruf", was Pünktlichkeit / Zuverlässigkeit betrifft, deutsches Know-how) => dadurch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt
- Steuervorteile für "Grenzpendler"
- Steuern im Ausland generell niedriger. (Zwar weniger Bruttoverdienst, dafür aber im Vergleich mehr netto)

Gleichstellung von Zeugnissen und Diplomen

Für die Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse werden die Voraussetzungen, die im Herkunftsland und in Deutschland zu dem jeweiligen Abschluss führen, verglichen: Wie lange muss die Schule besucht werden? Wie viele und welche Fächer mussten belegt werden? Wenn sich bei dieser Prüfung ausreichende Übereinstimmungen ergeben, wird der ausländische Schulabschluss wie ein entsprechender Deutscher betrachtet.

Reisefreiheit

Für deutsche Bürger nahe der Grenze, wie z.B. in Kehl, ist der Kontrollwegfall an der Grenze zu einem sehr großen Vorteil geworden. Wo es vorher gemieden worden ist, über die Grenze nach Strasbourg zu fahren, ist heute ein reger Grenzverkehr entstanden. Seit der Einstellung der Kontrollen ist es bequemer, nach Frankreich zu fahren, um einzukaufen oder billiger zu tanken. Es gibt keine Wartezeiten mehr bei dem Überqueren der Brücke von Kehl nach Strasbourg und man muss nicht immer an seinen Ausweis denken.

6. 2. NACHTEILE DER VIER FREIHEITEN

6. 2. 1. OUTSOURCING VON UNTERNEHMEN

Das aktuellste Beispiel ist der Nokia-Konzern, der sein Werk in Bochum schließt und nach Rumänien auswandert. Mehr als 2000 Arbeitsplätze gehen verloren.

Nokia ist nur ein Beispiel von vielen. Das geht aus einer Studie des Statistischen Bundesamts hervor, die sich auf eine EU-weite Umfrage unter 20.000 Unternehmen beruft. Zwischen 2001 und 2006 gingen in Deutschland insgesamt 180.000 Arbeitsplätze verloren, weil Unternehmen ganz oder teilweise ins Ausland ausgewandert sind. Fast ein Fünftel der deutschen Unternehmen haben Arbeitsplätze ins Ausland verlagert oder planen dies.

Die meisten Unternehmen wanderten innerhalb der EU aus. 60 Prozent der Firmen verlagerten Jobs in die neuen Mitgliedsstaaten der EU, in 36 Prozent der Fälle ging es nach China. Laut dem Fraunhofer-Institut, das ebenfalls Verlagerungen untersucht, verlegten zuletzt aber wieder weniger Firmen Jobs ins Ausland.

Derzeit wird noch ausgewertet, wie hoch der Anteil von Niedrig- und Hochqualifizierten ist. Fest steht nur, dass Jobs in der Buchhaltung, in Callcentern oder in der Produktion besonders betroffen seien.

Die Nachteile für die Unternehmen liegen darin, dass sich der Aufwand für Transport und Logistik erhöht. Dadurch steigt der Verkehr und somit auch die Umweltbelastungen.

Folgen des Outsourcing

- Qualifizierte Arbeitskräfte wandern aus. Oft sind die Standorte im Ausland attraktiver. Sie haben weniger Steuern und Sozialabgaben.
- Arbeitsplätze werden abgebaut aufgrund von Outsourcing
- Zunahme des Handels- und Güterverkehrs: vor allem in den Alpenregionen. Dort entstehen kilometerlange Staus von LKW → Umweltbelastungen steigen durch längere Transportwege

6. 2. 2. GRENZÜBERSCHREITENDE KRIMINALITÄT

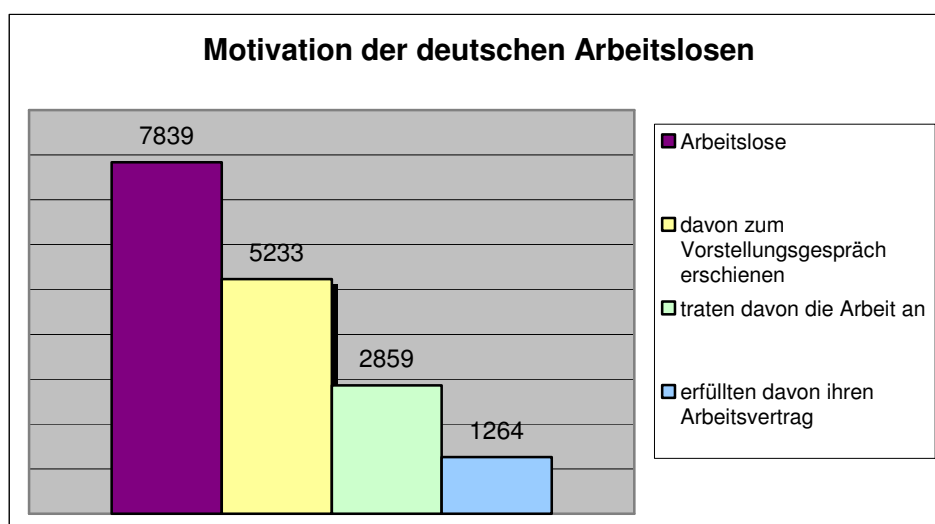
Durch die Grenzöffnungen innerhalb der EU werden die Schmuggeldelikte voraussichtlich langfristig zunehmen, vor allem bei Rauschgift, Zigaretten und Frauenhandel. Ein Anstieg der illegalen Prostitution wurde bereits festgestellt. Durch das Fallen der Zollgrenzen wird der Schwarzmarkt begünstigt und Schmugglerwege über Polen und Tschechien werden sich dadurch weiter ausweiten, zudem sind Waffen des Militärs nun auf dem freien Markt, da viele Beitrittsländer dem Warschauer Pakt angehören. Durch die enge Beziehung der baltischen Staaten zu Russland wird befürchtet, dass sich die Probleme mit der russischen Mafia verstärken werden. Experten hatten die Befürchtung einer negativen Entwicklung bereits vor dem Zusammenschluss. Zum Beispiel Rainer Bruckert, der Chef eines Sonderdezernats des Landeskriminalamtes Niedersachsen für Bandenverbrechen, hat die Ostverschiebung der Grenzen immer befürchtet, da mehr Hordenkriminalität zu erwarten war. Gerade Kriminelle aus Polen spielen hier eine Rolle. Durch die Ost-Erweiterung ist der Bau neuer Gefängnisse erforderlich, da zusätzlich eine immense Zahl von Straftätern über die Grenze kommt. In Grenzgebieten, wie zum Beispiel der Oderregion, zeigt schon die regelmäßige Lektüre der regionalen ‚Märkischen Oderzeitung‘, dass sich der Zigarettschmuggel, die Einfuhr von Drogen, Grenzdurchbrüche, andere illegale Grenzübertritte, das Unwesen von Schleuserbanden, Kraftfahrzeugdiebstählen und die illegale Beschäftigung von Arbeitskräften häufen. In Frankfurt an der Oder ist dies bereits schon an der Tagesordnung. Schlagzeilen wie „Frankfurt – Schmelztiegel Organisierter Kriminalität“, „Grenzschützer sind überfordert“, oder „Grenzbeamte müssen Räubern tatenlos zusehen“ gehören dort schon zum Alltag. Das Problem der grenzüberschreitenden Kriminalität wird oft totgeschwiegen und vertuscht. Das Verschweigen der Probleme in Bezug auf die grenzüberschreitende Kriminalität hilft auch politisch nicht weiter.

6. 2. 3. SAISONARBEITSKRÄFTE

Seit Polen in die EU eingetreten ist, müssen die deutschen Bauern die polnischen Erntehelfer auch nach polnischem Recht sozial versichern.

Vor dem Beitritt wurden die Erntehelfer nach deutschem Recht sozial versichert, was auch meist abschlagsfrei war. Durch die neue Regelung verdienen die polnischen Arbeitskräfte netto weniger Geld als zuvor, deshalb müssen die Landwirte höhere Gehälter bezahlen und haben dadurch größere Verluste beim Ernteerlös. Dazu kommen auch Ernteverluste. Aus diesen Gründen stehen viele Bauern vor dem wirtschaftlichen Aus. Durch besser bezahlte Jobangebote im Heimatland kommen viele Erntehelfer auch nicht mehr nach Deutschland. Dies ist für deutsche Landwirte ein großer Verlust, da sie auf polnische Arbeitskräfte angewiesen sind. Auf deutsche Arbeitslose kann nicht zurückgegriffen werden, da sie in der Regel unzuverlässiger als die polnischen Helfer sind. Eine sogenannte Eckpunkteregelung für die Zulassung von Saisonbeschäftigten aus Mittel- und Osteuropa schreibt den Landwirten vor, 20 Prozent ihrer ausländischen Erntehelfer durch inländische Arbeitskräfte zu ersetzen. In der Praxis funktioniert das leider nicht, auch wenn es in Deutschland mehr als vier Millionen Menschen ohne Arbeit gibt.

Im Jahr 2007 erschienen von 7839 zugesagten Arbeitskräften der Arbeitsagenturen 5233 zum Vorstellungsgespräche bei den Bauern, die Arbeitskräfte benötigten. Davon traten 2859 die Erntearbeit an und 1264 erfüllten ihren Arbeitsvertrag bis zum Ende. Manche der eingestellten Personen legten in einigen Fällen ohne Angaben von Gründen die Arbeit nieder.



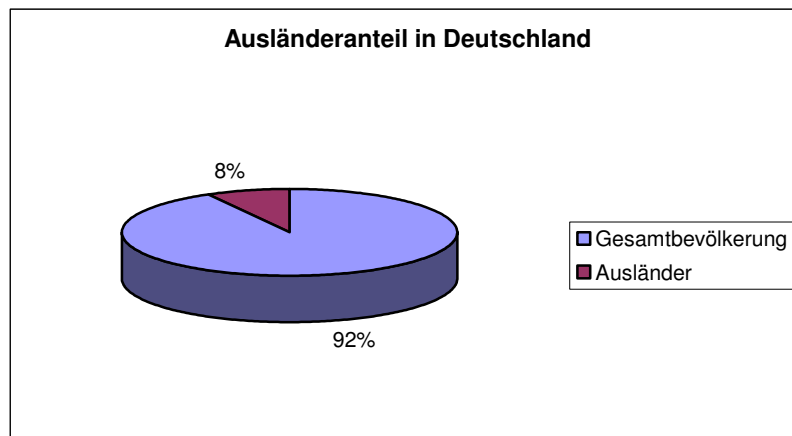
Trotz allem sind manche Landwirte immer noch bestrebt, deutschen Arbeitslosen Jobs in den Obstplantagen zu beschaffen, da auch keine sprachlichen Barrieren bestehen.

Um das Problem zu verhindern, fordert der deutsche Bauernverband eine Verlängerung der alten Regelung für polnische Erntehelfer bis mindestens 2011. Wegen des Erntehelferproblems setzten viele Bauer heute auf Maschinen, weil die verlässlichen Arbeitskräfte fehlen. Alternative zu den polnischen Erntehelfern waren bisher Erntehelfer aus Rumänien. Doch mit dem EU-Beitritt 2007 wurden auch für sie Sozialabgaben fällig.

6. 2. 4. ASYLPOLITIK

Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist in Deutschland ein im Grundgesetz verankertes Grundrecht. Dies ist das Ergebnis bitterer geschichtlicher Erfahrungen mit politischer Verfolgung während des Nationalsozialismus.

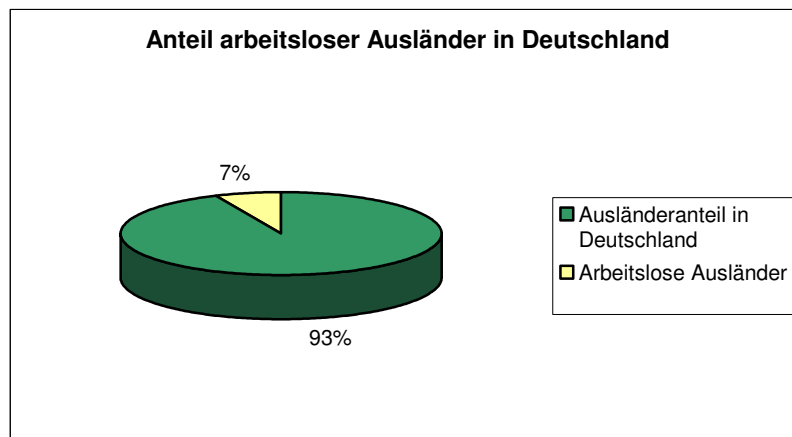
In der Bundesrepublik Deutschland leben heute rund 7,3 Millionen Ausländer, das entspricht 8,9 Prozent der Gesamtbevölkerung.



Arbeitslose Ausländer in Deutschland

Im Oktober 2007 gab es rund 3,5 Mio. Arbeitslose in Deutschland. Davon waren 15,3 % Ausländer, also 523.685.

Aufgrund mangelnder Bildung und schlechter Sprachkenntnisse finden ausländische Jugendliche oft keinen Ausbildungsplatz und erwachsene Ausländer keinen Arbeitsplatz.



Im Sozialgesetzbuch ist festgelegt, dass Ausländern, die sich im Inland tatsächlich aufhalten, Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege zu leisten ist.

Innerhalb von Deutschland kommt es oft zu Spannungen, da viele Menschen meinen, dass Asylbewerber auf ihre Kosten leben und sich nicht um einen festen Arbeitsplatz bemühen.

Jedoch liegt die Sozialhilfe für Ausländer aber weit unter der, die Deutsche bekommen.

FAZIT

Die offenen Grenzen in der EU bringen den einzelnen Staaten sowohl Vorteile als auch Nachteile.

Die Vor- und Nachteile in jeweiligen Ländern gleichen sich durch den EU-Zusammenschluss immer mehr an. Bei Konflikten wie zum Beispiel der grenzüberschreitenden Kriminalität tragen alle EU-Mitgliedsstaaten zur Problemlösung bei, außerdem wird durch die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Problemen der Zusammenhalt in der EU gefestigt.

Durch den Wegfall der Grenzen und die damit verbundene Abschaffung der Zölle ist der grenzüberschreitende Warenverkehr gestiegen, durch die abgeschafften Grenzkontrollen jedoch auch die Kriminalität wie zum Beispiel der Drogenhandel.

Diese Gefahren werden jedoch durch europäische Instrumente wie beispielsweise Interpol und den europäischen Haftbefehl wirksam bekämpft.

Die Vorteile des Schengener Abkommens wirken sich nicht nur auf Unternehmen, sondern auch auf Privatpersonen aus. So ermöglicht zum Beispiel die Reisefreiheit einen unkomplizierten Aufenthalt in den EU-Mitgliedsstaaten zu privaten und geschäftlichen Zwecken.

In Bezug auf unsere Ausbildung ermöglichte uns der freie Personenverkehr ein mehrmonatiges Auslandspraktikum ohne großen bürokratischen Aufwand zu absolvieren.

Unserer Meinung nach kann abschließend festgestellt werden, dass die Vorteile der Grenzöffnung die Nachteile überwiegen.

QUELLENANGABEN

- http://userpage.fu-berlin.de/~tmuehle/europa/glossar/glossar_f.htm#freiheiten
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Warenverkehrsfreiheit>
- http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Binnenmarkt
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Kapitalverkehrsfreiheit>
- <http://oami.europa.eu/de/office/default.htm>
- <http://www.finanzxl.de/lexikon/Grundfreiheiten.html>
- www.bpb.de
- www.europa.eu
- www.infoplease.com
- www.wikipedia.org
- www.era.int
- www.auswaertiges-amt.de
- www.europa-web.de
- www.bundestag.de
- www.anglogermantrade.com
- www.studentshelp.de
- www.spanien-bilder.com/.../54/flagge-spanien.gif
- www.pixstream.de/H42S5A24/Spanien.gif
- <http://www.ftd.de/politik/europa/:Spaniens%20Wirtschaft%20Kraft/300826.html>
- http://www.bfai.de/nsc_true/DE/Navigation/Datenbank-Recherche/Laender-und-Maerkte/Recherche-Laender-und-Maerkte/recherche-laender-und-maerkte-node.html
- <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Spanien/Wirtschaft.html>
- http://de.wikipedia.org/wiki/Schengener_Abkommen
- <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Spanien/Sicherheitshinweise.html>
- http://www.auswandern.com/Aufenthaltsgenehmigung_in_Spanien.662.0.html
- <http://ec.europa.eu/eures/main.jsp?catId=8222&acro=living&lang=de&parentId=7796&countryId=ES&living>
- <http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11022c.htm>
- http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/artikel/050902.html
- <http://www.helles-koepfchen.de/artikel/2401.html>
- <http://www.cafebabel.com/de/article.asp?T=T&Id=6341>
- <http://www.pointofcareer.de/index.php?a=205>
- http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=O775EU
- <http://www.frantasia.de/html/auswandern/arbeit/markt.html>
- <http://www.tagesschau.de/inland/meldung158200.html>
- www.sputnik.de
- www.abendblatt.de
- www.welt.de
- www.wdr.de
- www.zoll.de
- www.europa.eu
- www.deutschland.de
- www.volksbank-offenburg.de
- www.focus.de
- www.moz.de (Märkische Zeitung)
- www.berlin.de/polizei
- Infomail von: R.Seifert Volksbank Offenburg, M.Reichle Sparkasse Offenburg